

# IF3 | 24

ZEITSCHRIFT FÜR  
INNERE FÜHRUNG

## Abwehrbereit

So bereiten Deutschlands  
Nachbarn den Konfliktfall vor.

## Nordafrika

Wohin steuern Tunesien  
und Ägypten?

## Weimarer Republik

Was sind die Lehren aus der  
ersten deutschen Demokratie?



BUNDESWEHR

# Wehrhafte Demokratie

Wie verteidigen wir  
gemeinsam unsere Werte?

ZEITGESCHICHTLICHES  
FORUM LEIPZIG

# Unsere Geschichte

## Diktatur und Demokratie nach 1945

### Ausstellung

Di–So, Feiertage

10–18 Uhr

**Eintritt frei**

[www.hdg.de](http://www.hdg.de)



Stiftung Haus der Geschichte  
der Bundesrepublik Deutschland  
**Zeitgeschichtliches Forum Leipzig**

# Demokratie leben!



Einzelne die Pflicht hat, sich für eine wehrhafte Demokratie und Freiheit einzusetzen, indem sie oder er sich für gemeinsame Wertevorstellungen einbringt, um das große Ganze zu stärken und eine starke demokratische Gesellschaft zu schaffen. Demokratie lebt – gerade in der heutigen Zeit – vom Mitgestalten, Einstehen und besonders von der Ausübung des Wahlrechts.

und Soldatinnen und Soldaten sowie die Wahrnehmung gemeinsamer Wertevorstellungen sind entscheidend, um unser politisches System zu schützen und zu stärken. In einer Phase der Zeitenwende muss eine wehrhafte Gesellschaft mit kriegstüchtigen Streitkräften Hand in Hand agieren, um die errungenen Werte und Wertesysteme zu schützen.

Mit der aktuellen Ausgabe der IF legen wir den Schwerpunkt auf Menschen, die in diesem Sinne das Leben in Deutschland mitgestalten. Die gegen Fake News kämpfen, sich politisch engagieren, die Wertevorstellungen mitprägen und diese vertreten.

Unsere Demokratie ist so jung oder alt, so gebrechlich oder stark, so bunt oder einfältig, wie wir sie gestalten! Jede(r) trägt eine Verantwortung dafür, dass demokratische Prinzipien respektiert und gefördert werden.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen viele hilfreiche Impulse beim Lesen der aktuellen Ausgabe unserer IF.

Herzlichst

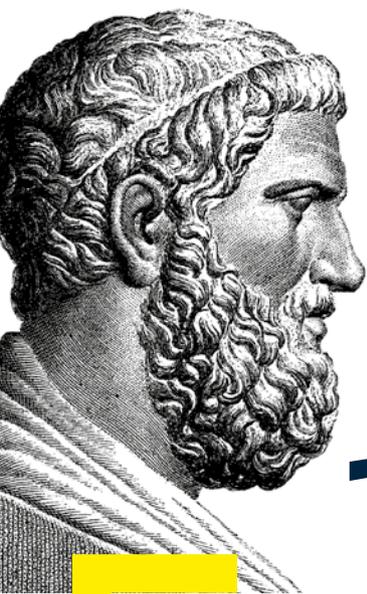
**Verena Heep**  
Chefredakteurin

Vor 75 Jahren haben die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes eine wehrhafte Demokratie als Staatsform festgesetzt. Übrigens nicht nur mit Zustimmung der Alliierten, sondern auch begleitet durch breit angelegte „Reeducation“. Nach Ende der Nazi-Diktatur sollten Feinde von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit nie wieder eine Chance bekommen, Menschenrechte und Demokratie abzuschaffen. Die freiheitliche Selbstständigkeit in Eigenverantwortung musste erst erlernt werden. Es galt zu vermitteln, dass jede(r)

In einer Zeit, in der der „Kessel Demokratie“ zunehmend unter Druck steht und Vertrauen in Schlüsselinstitutionen der parlamentarischen Demokratie zu schwinden scheint, ist entscheidend, die Legitimation des politischen Systems zu sichern. Das ist nicht allein Aufgabe staatlicher Institutionen. Letztlich können Demokratie und Menschenrechte nur geschützt werden, wenn alle sich damit identifizieren und an der **geistigen** und **politischen** Auseinandersetzung mit den Gegnern unserer Verfassung beteiligen.

Die Bundeswehr als demokratische Institution spielt hierbei eine wichtige Rolle. Der Treueeid der Soldatinnen und Soldaten verlangt Loyalität gegenüber Grundgesetz und demokratischen Werten. Auch die Beamtin und der Beamte verpflichtet sich, mit dem Diensteid für die freiheitliche demokratische Grundordnung aktiv einzutreten. Die Zusammenarbeit zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Beamtinnen und Beamten





16



36

## Titelthema Wehrhafte Demokratie

## Innere Führung

Impuls

*Ralph Tiesler*

**14** Die Zeitenwende betrifft  
uns alle

*Martin Boldt*

**16** Auf Augenhöhe  
mit der Demokratie

*André Schröder und Guido Gutzeit*

**24** Seite an Seite in die Zukunft

Wie Wehrhaftigkeit zu unserem  
bundeswehrgemeinsamen Selbst-  
verständnis wird

*Alexandra Friede*

**30** Wehrhaftigkeit in der Krise

Finnland, Schweden  
und Deutschland im Vergleich

*Manuela Andrea Hoffmann*

**36** Für Bundeswehr und  
Gesellschaft

Bestehen unter Belastung

*Peter Messner*

**40** Comic-Helden &  
Innere Führung



## Welt & Partner

Harald Stutte

### 44 Das Erbe des Arabischen Frühlings

Tunesien, Ägypten und der Kampf um mehr Demokratie

## Geschichte

Michael Dreyer

### 52 Weimarer Republik: Mahnmal gegen Extremismus

Historische Bildung zur Resilienzsteigerung

## Rubriken

### Essay

John Zimmermann

### 60 Widerstand

Der 20. Juli 1944 und die „Wiederherstellung der Majestät des Rechts“



# 52

### Mediale

### 68 Buch- und Onlinetipps

### 70 Impressum

### 72 Kontroverse

### Rückblende

Uwe Brammer

### 74 Vor 80 Jahren: Operation Overlord

#### Sie möchten die IF erhalten?

Einheiten, Verbände und Dienststellen bitte an die zuständige Poststelle / Dienstvorschriftenstelle wenden und zusätzliche Exemplare anfordern.

Die IF auch als Download unter:

[www.innerefuehrung.de](http://www.innerefuehrung.de)



### InFü to go

### Mit Informationen zum Titelthema

Zum Heraustrennen und Abheften

## Einsatzbereit an der NATO-Ostflanke

Rund 90.000 Soldatinnen und Soldaten aus 32 Ländern – davon 12.000 aus Deutschland – waren beim NATO-Großmanöver Steadfast Defender bis Ende Mai im Einsatz. Mittendrin auch ein Trupp vom Jägerbataillon 1 in ihrem GTK Boxer. Der Bundeswehrbeitrag von vier Teilübungen firmierte als Quadriga 2024 und hatte zum Ziel, das Zusammenspiel der einzelnen Truppen und das Verlegen nach Eintritt eines Bündnisfalles zu trainieren. Abschreckung und Verteidigung sind die Gebote an der NATO-Ostflanke. (mbo)







## Hilfe für Gaza

Ab dem 16. März bis Ende Mai beteiligte sich die Bundeswehr im Rahmen der „Solidarity Path Operation“ von Jordanien aus an der Versorgung des durch den Krieg mit Israel stark zerstörten Gazastreifens aus der Luft. Insgesamt 315 Tonnen Lebensmittel und Hygieneartikel erreichten auf diesem Weg die Not leidende Bevölkerung. Kamen dabei zunächst Transportflugzeuge vom Typ C-130J Hercules der deutsch-französischen Lufttransportstaffel „Rhein/Rhin“ zum Einsatz, erfolgte der Abwurf der humanitären Güter ab April durch das Wunstorfer Lufttransportgeschwader 62, für deren A400 eigens ein neues Absetzsystem konzipiert wurde. (mbo)



Foto: Bundeswehr/Christian Timmig



Foto: picture alliance/Anadolu/ Jose Colon



## Ausdehnung der Kampfzone

Zerstörung und neues Leid für die Zivilbevölkerung bringt die Ausweitung der russischen Bodenoffensive in der Ukraine auf den nördlichen Oblast Charkiv ab dem 10. Mai. Im Zentrum der heftigen Kämpfe steht die Kleinstadt Wovtschansk, in der es den ukrainischen Kräften laut Beobachtungen gelingt, den Durchbruch der gegnerischen Verbände zu stoppen. (mbo)

# Operative Planung aus einer Hand

Verteidigungsminister Boris Pistorius hat auf dem Weg zu einer kriegstüchtigen Bundeswehr weitere wichtige Entscheidungen getroffen: Er zeichnete am 30. April 2024 den „Osnabrücker Erlass“.

Mit dem Papier legt er im Zuge der Zeitenwende die Ausrichtung der Streitkräfte auf eine zeitgemäße Landes- und Bündnisverteidigung fest. Die Grundsätze, die darin zum Ausdruck kommen – zum Beispiel klare Verantwortlichkeiten, operative Führung aus einer Hand sowie schnelle Entscheidungs- und Abstimmungsprozesse – sollen sich künftig auch in der Spitzengliederung des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) und der Bundeswehr widerspiegeln.

Die nationale operative Planung und Führung wird ab Indienststellung künftig im **Operativen Führungskommando der Bundeswehr (OpFüKdoBw)** gebündelt. Die hier vorgesehene truppendienstliche Kontinuität ist dabei eine Abkehr vom Prinzip der Einsatzkontingente, wie sie bisher stets vom Einsatzführungskommando geführt wurden. Die Bundeswehr der Zeitenwende wird dabei künftig die vier Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe, Marine, Cyber- und Informationsraum (CIR) sowie einen Unterstützungsbereich umfassen.

Die Bundeswehrverwaltung und die weiteren zivilen Organisationsbereiche erhalten mit dem Erlass den Auftrag, die Aufwuchsfähigkeit der Streitkräfte zu gewährleisten und sich enger mit den Belangen der Streitkräfte zu verzahnen.

Die Rolle des Generalinspektors als Teil der Leitung im Bundesministerium der Verteidigung wird fortgeschrieben. Die Rolle des stellvertretenden Generalinspektors erhält durch den Erlass neue Konturen. Er wird fortan „die erforderlichen strategischen Steuerungsaufgaben“ wahrnehmen, wenn es bei der Priorisierung von Aufträgen im OpFüKdoBw und der Zuteilung von Kräften des Unterstützungsbereichs zu Konflikten kommt. Als Beauftragter für Veteranen- und Reservistenangelegenheiten ist er zudem verantwortlich für alle mit der Vorbereitung der Aufwuchsfähigkeit verbundenen militärischen Aufgaben. (mbo)

## Osnabrücker Erlass



Jetzt Erlass  
downloaden  
und lesen!



↑ Bundesminister der Verteidigung, Boris Pistorius (Mitte), präsentiert mit Staatssekretär Nils Hilmer (links), der Parlamentarischen Staatssekretärin Siemtje Möller, Generalinspekteur der Bundeswehr, General Carsten Breuer, und Staatssekretär Benedikt Zimmer (rechts) den Osnabrücker Erlass in Osnabrück.



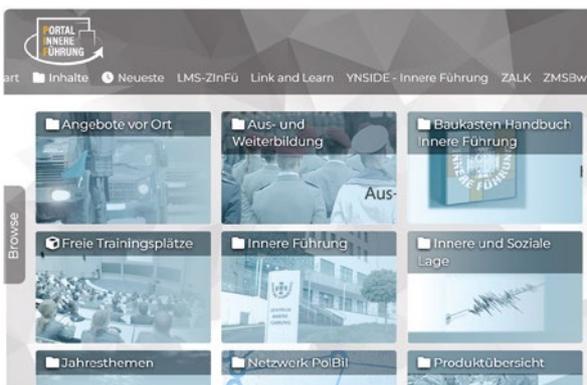
**Der Cyber Innovation Hub der Bundeswehr (CIHBw) bietet mit der App BwEvents eine neue digitale Plattform an, die mit zahlreichen Features das Event- und Gästemanagement erleichtern soll.**

Push-Nachrichten zur laufenden Veranstaltung an alle Teilnehmenden versenden, multimediale Inhalte zur Fachtagung hochladen oder Fragen an Referierende einer Konferenz stellen – all das ist ab sofort mit BwEvents möglich. Teilnehmende erhalten alle Informationen in

Echtzeit; neben einer Video- und Bildergaleriefunktion ist auch die Einrichtung von Gruppenchaträumen möglich. Für 2024 sucht der CIHBw interessierte Dienststellen sowie Eventmanager aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung, die das Innovationsvorhaben für eine geplante Veranstaltung eigenständig erproben möchten. Es können bis zu 600 Gäste über die Event-Plattform eingeladen werden. Das Kontingent an Testlizenzen ist allerdings begrenzt. Interessierte können sich via Mail an [bwi.fp.cihw-121@bwi.de](mailto:bwi.fp.cihw-121@bwi.de) wenden. (mbo)

## Politische Bildung

# Neues Design für das Portal Innere Führung



## Das Portal Innere Führung wurde überarbeitet.

Die angebotenen Inhalte sind ab sofort übersichtlicher als bisher strukturiert und laden Bundeswehrangehörige – insbesondere Führungspersonal – ein, auf der Seite zu stöbern. Das Beste: Alle Materialien zur Gestaltung und Durchführung von Maßnahmen der Persönlichkeitsbildung können ohne gesonderte Anmeldung heruntergeladen werden. Über die Stichwortsuche lassen sich Dokumente zu zahlreichen Themenfeldern leicht finden. In den Beschreibungen der einzelnen Dateien sind häufig auch direkte Links ins Internet beziehungsweise Intranet, etwa zu den Auftritten der Partner des Netzwerks PolBil, hinterlegt. Außerdem enthält die Plattform viele inhaltliche und methodische Impulse für eine professionelle und interessante Gestaltung von Bildungsmaßnahmen in unterschiedlichen Formaten. (mbo)

→ *Das Portal finden Sie im Intranet der Bundeswehr.*

## Impuls

# Die Zeitenwende betrifft uns alle

**Unsere Gesellschaft muss resilienter werden, um sich auch in Extremsituationen ihrer Handlungsoptionen bewusst und bestmöglich vorbereitet zu sein. Ein widerstandsfähiges, wehrhaftes Deutschland, das anpassungsfähig gegenüber Krisen ist, das ist das Kernziel des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.**

von Ralph Tiesler

**D**er russische Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 markierte einen gravierenden Einschnitt, mit dem Resultat, dass wir uns heute – sowohl auf staatlicher als auch ziviler Ebene – einmal mehr in einer Zeit des Umdenkens befinden. Die von Bundeskanzler Olaf Scholz ausgerufene Zeitenwende und die von Verteidigungsminister Boris Pistorius geforderte Kriegstüchtigkeit binnen fünf Jahren zeigen das mehr als deutlich.

Dabei muss auch die Zivile Verteidigung gleichermaßen ertüchtigt, Deutschland mit anderen Worten „zivilverteidigungstüchtig“ werden. Denn erst das Zusammenspiel von militärischer und ziviler Verteidigung ermöglicht eine erfolgreiche Gesamtverteidigung. Die Zivile Verteidigung umfasst dabei ein sehr breites Aufgabenportfolio, von der Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktion über das Sicherstellen einer grundlegenden Versorgung und den Zivilschutz bis hin zur Unterstützung der Streitkräfte in Deutschland. Die daraus

resultierenden Herausforderungen betreffen uns alle – Bürgerinnen und Bürger ebenso wie staatlich Handelnde auf allen Ebenen.

Dazu braucht es zum einen massive Investitionen – in den weiteren Ausbau des Warnmittelmixes, in den Schutz kritischer Infrastruktur oder die Selbstschutzfähigkeiten der Bevölkerung, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Zum anderen bedarf es eines umfassenden Mentalitätswandels: Jeder und jede kann etwas zur Zivilen Verteidigung beitragen! Neben den Werten, für die wir eintreten, lautet das Stichwort hier unter anderem private Notfallvorsorge. Fähigkeiten zum Selbstschutz und zur Selbsthilfe dienen nicht nur der Vorsorge des Individuums, sondern ermöglichen zum Beispiel den Einsatzkräften, sich auf besonders vulnerable Gruppen fokussieren zu können.

Eine mit den aktuellen Geschehnissen vergleichbare Zäsur ging zuletzt mit den Anschlägen auf das World

Trade Center am 11. September 2001 einher. Eine der Antworten auf das erschütterte Sicherheitsgefühl war die Neugründung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe vor 20 Jahren. Unser Kernziel ist eine resiliente Gesellschaft, die sich auch in Extremsituationen ihrer Handlungsoptionen bewusst und bestmöglich vorbereitet ist. Daran müssen wir fortwährend arbeiten – gemeinsam.



Erfahren Sie online mehr zum Thema.



**Ralph Tiesler**

ist seit Juni 2022 Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.



**„Jeder und jede  
kann etwas  
zur Zivilen  
Verteidigung  
beitragen!“**





# Auf Augenhöhe mit der Demokratie

**Eine wehrhafte Demokratie zu erhalten, bedarf einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung. Das schließt auch die mehr als 180.000 Staatsbürgerinnen und -bürger in Uniform mit ein. Doch: Welche Rolle können der deutsche Soldat und die Soldatin in der Zivilgesellschaft spielen, welchen Beitrag können Kameraden und Kameradinnen leisten, um die freiheitlich demokratische Grundordnung auch ohne Waffen zu verteidigen?**

von Martin Boldt

Eine mögliche Antwort ist das politische Engagement, das sich implizit aus dem Konzept der Inneren Führung ableiten lässt. Neben der Legitimation, der Motivation und der Gestaltung der inneren Ordnung zählt die Integration der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft zu einem der vier Kernziele der Inneren Führung. Konkret sind Soldaten und Soldatinnen dabei angehalten, Verständnis für den Auftrag der Bundeswehr im Rahmen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bei den Bürgern zu erzeugen. Erfolge kann dies etwa durch die aktive Beteiligung an politischen Debatten, die Übernahme von (Partei-)Ämtern oder den ehrenamtlichen Einsatz in Vereinen oder Verbänden. Weitere Legitimation hierzu ergibt sich aus Paragraph 8 des Soldatengesetzes, der den Soldaten und die Soldatin verpflichtet, „die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes“ anzuerkennen und „durch sein bzw. ihr gesamtes Verhalten“ aktiv für den Staat, dem er bzw. sie dient, einzutreten.

← *Der „Vater der Demokratie“ – Solon, altgriechischer Staatsmann, um 600 vor Christus.*

Mehr als

# 180.000

Staatsbürgerinnen und -bürger  
in Uniform stehen im Dienste der  
Demokratie

## Engagement mit klaren Spielregeln

Das gleiche Gesetz gibt dem politischen Engagement der Staatsbürger in Uniform aber auch klare Spielregeln vor. In Paragraf 15, Absatz 1 heißt es hierzu etwa, dass sich Soldaten und Soldatinnen „im Dienst“ nicht zugunsten oder zuungunsten einer bestimmten politischen Richtung betätigen dürfen. Diese Aktivitäten bleiben also grundsätzlich der Freizeit vorbehalten.

Absatz 2 konkretisiert dies insoweit, als das Recht der freien Meinungsäußerung in derlei Angelegenheiten innerhalb der dienstlichen Unterkünfte und Anlagen durch Grundregeln der Kameradschaft beschränkt wird. Hier lautet es: „Der Soldat hat sich so zu verhalten, dass die Gemeinsamkeit des Dienstes nicht ernstlich gestört wird. Der Soldat darf insbesondere nicht als Werber für eine politische Gruppe wirken, indem er Ansprachen hält, Schriften verteilt oder als Vertreter einer politischen Organisation arbeitet.“

Das Ganze versteht sich als Ausgleich zwischen dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und der Neutralität der Bundeswehr als staatliche Einrichtung, erläutert Oberstleutnant Wolf Günther Halama, Referent der Abteilung Recht des Zentrums Innere Führung. „Die Neutralität dient dazu, die Bundeswehr vor einer Unterwanderung durch politische Strömungen zu schützen.“ Mit der Regelung solle Sorge getragen werden, dass Kameraden und Kameradinnen nicht gegen deren Willen in politische Auseinandersetzungen hineingezogen oder ihnen eine bestimmte Meinung aufgedrängt werde.

Eine insbesondere die öffentliche Wahrnehmung betreffende Vorgabe findet sich zusätzlich in Absatz 3: Bei politischen Veranstaltungen ist es Soldaten und Soldatinnen untersagt, eine Uniform zu tragen. „Würde diese Regelung nicht existieren, könnte ein Soldat oder eine Soldatin, die eine politische Veranstaltung besucht, den Anschein erwecken, sie vertrete



→ Staatsbürgerin in Uniform: Eine Rekrutin legt am Jahrestag des Deutschen Widerstands im Rahmen eines feierlichen Appells im Bendlerblock in Berlin ihr Gelöbnis ab.



# Fregattenkapitän Tanja Merkl

**T**rotz rechtlicher Begrenzungen durch das Soldatengesetz gibt es zahlreiche Möglichkeiten für Soldaten und Soldatinnen, in der Bundesrepublik politisch zu wirken und auf diesem Weg zu einer wehrhaften Gesellschaft beizutragen. Fregattenkapitän Tanja Merkl vom Bundesamt für Personalmanagement der Bundeswehr legt die Priorität ihres Handelns auf einen parteinahen Verein. Als Gründungsmitglied und Vorsitzende des 2023 gegründeten Vereins „Charlie Delta Uniform – Mit Sicherheit Union“ haben sie und ihre Mitstreiter und Mitstreiterinnen es sich zum Ziel gesetzt, Entscheidungs- und Mandatsträger aus dem Politikbetrieb mit Experten aus der Bundeswehr zusammenzubringen. Neben klassischer Aufklärung soll es dabei stets auch um Impulse im Bereich der Wehrpolitik gehen. Dies geschieht beispielsweise mittels Abendveranstaltungen, bei Videokonferenzen oder auch ganz traditionell durch das Veröffentlichen von Positionspapieren. „Gewisse Entscheidungen werden

aus der Entfernung oft leichtfertiger getroffen, als wenn man unmittelbar von ihnen betroffen ist“, berichtet die 38-Jährige, die verhindern will, dass „Kameraden und Kameradinnen irgendwo in See stehen und von Material- und Personalmangel betroffen sind“. Mit Blick auf die viel zitierte Zeitenwende gelte es daher aktuell mehr denn je, einen Schulterschluss von Bundeswehr und Gesellschaft zu erreichen, der die vollumfängliche Einsatzbereitschaft der Streitkräfte als gemeinsames Ziel verfolgt.

Für Merkl, die seit ihrem Eintritt in die Bundeswehr im Jahr 2005 unter anderem als Wachoffizier und später als Kommandantin auf Seeminenabwehreinheiten zur See fuhr, ist die aktive Teilhabe an der politischen Willensbildung alternativlos: „Ich sehe es als meine Pflicht an, als Staatsbürgerin in Uniform gut informiert zu sein. Da die Politik über meinen Weg in den Streitkräften entscheidet, möchten wir als Angehörige der Streitkräfte wiederum

sicher sein, dass der militärische Ratsschlag, den wir geben, gehört und verstanden wird.“

Eine wehrhafte Demokratie fußt ihrer Auffassung nach auf einer Gesellschaft, die im Ernstfall zusammenhält und auch schon im Vorfeld alle Anstrengungen unternimmt, „um die Rechte und die Freiheiten, die wir leben, zu bewahren“. Die Zurücknahme der eigenen Person, Kameradschaft, Zusammenhalt, Loyalität, Disziplin, diese Werte kann die Gesellschaft derzeit gut gebrauchen. „Wir alle müssen lernen, Dinge auszuhalten, auch wenn sie uns vielleicht nicht passen.“ Ein schärferes Bewusstsein für die Tugenden und Werte, die sie in der Bundeswehr kennengelernt hat und als Soldatin auch jenseits des Kasernenzauns vertritt, könnten beim Aufbau einer wehrhaften Gesellschaft gewiss helfen, ist sie überzeugt. „Wir müssen uns als Besatzung verstehen und das Schiff heißt Deutschland!“



↑ Sichtbar und dialogbereit: Soldat und Soldatin in Uniform vor der Fahrt mit der Deutschen Bahn.

die Auffassung des Dienstherrn. Ihre politische Meinung würde automatisch mit der Bundeswehr in Verbindung gebracht werden, sodass der Eindruck entstände, ‚die Bundeswehr‘ vertrete eine bestimmte Auffassung, auch wenn dies nicht der Fall ist“, erklärt Halama.

Ähnliche Regelungen gelten im Übrigen auch für Bundesbeamte und -beamtinnen. Erinnert sei an dieser Stelle an den Auftritt der Eisschnellläuferin und Bundespolizistin Claudia Pechstein,

### Auch vorbildhaftes Verhalten kann die benötigte gesamtgesellschaftliche Resilienz fördern.

die beim Grundsatzkonvent der CDU im Jahr 2023 eine inhaltlich umstrittene Rede in Dienstbekleidung hielt und damit ein Disziplinarverfahren auslöste, das inzwischen abgeschlossen wurde.

#### **Von Ehrenamt bis Vollzeitpolitiker**

Die gravierendsten Folgen für sein bestehendes Dienstverhältnis hat jedoch die Wahl eines Berufssoldaten oder

einer -soldatin in den Bundestag oder ein Landesparlament beziehungsweise in ein kommunales Wahlbeamtenverhältnis. Mit Beginn der dortigen Amtsgeschäfte hat das militärische Dienstverhältnis mit all seinen Rechten und Pflichten zu ruhen.

Was genau das bedeutet, weiß Oberstleutnant Christian Greiner, der seit 2023 Andernachs Oberbürgermeister ist und zuvor im Zentrum Operative Kommunikation der Bundeswehr in

Mayen diente: „Ich war 23 Jahre lang im aktiven Dienst. Diese Zeit schüttelt man nicht so einfach ab. Daher war, trotz aller Vorfreude auf die neue Tätigkeit,

am Ende definitiv ein weinendes Auge mit dabei.“ Am meisten fehle ihm das Tragen der Uniform, berichtet er. Letztere habe Greiner aber nach wie vor im Schrank. „Ich werde beim Personalamt weitergeführt. Für mich ist es wichtig, dass ich sagen kann, dass mein Dienstverhältnis auf Antrag wiederaufleben kann“, erklärt der 43-Jährige, der seit 2017 für die Freien Wähler politisch

aktiv ist. Dankbar ist Greiner für den Freiraum, den ihm die Bundeswehr für sein Ehrenamt stets gelassen habe: „Ich hatte immer Vorgesetzte, die das uneingeschränkt unterstützt haben. Wichtig ist, dass man damit offen umgeht, als Unterstellter ebenso wie als Vorgesetzter“, so Greiners Fazit.

#### **Soldatische Tugenden**

Das konkrete politische Engagement ist nur eine von mehreren Optionen. Auch vorbildhaftes Verhalten kann die gesamtgesellschaftliche Resilienz fördern. Welche der sogenannten soldatischen Werte müssten in der Zivilgesellschaft zum Tragen kommen, damit die Wehrhaftigkeit der deutschen Bevölkerung nachhaltig gestärkt wird? In einem Gespräch mit Militärdekan Roger Mielke kommt dem Ethikexperten vor allem der Wert „Treue“ in den Sinn: Die Demokratie und somit auch die sie stützende Gesellschaft brauche ein Treueverhältnis, gleich dem soldatischen Dienstleid, in dem der Soldat schwört, Recht und Freiheit des deutschen Volkes treu dienend zu verteidigen. „Treue ist ein bis in den Kern der Persönlichkeit hineinreichendes Verhältnis wechselseitiger Bindung“, erläutert Mielke.

Weiter auf Seite 23

# Oberleutnant Lara Weyland



**E**in echtes Privileg – diese Beschreibung kommt Oberleutnant Lara Weyland in den Sinn, wenn sie von ihrem Dienst spricht. Die 29-Jährige ist eine von 94 Jugendoffizieren der Bundeswehr und mit ihrem Dienstsitz in Mainz derzeit dem Landeskommmando Nordrhein-Westfalen unterstellt. Die Politologin kommt dort zum Einsatz, „wo die Bürger an einem offenen und kritischen Diskurs interessiert sind“, vor allem aber an Schulen, wo sie auf Einladung von Lehrkräften Vorträge hält. Möglich sei dies grundsätzlich ab der neunten Klasse, die Mehrzahl der Anfragen kämen allerdings von Gymnasien, meist mit Leistungskursen im Fach Sozialkunde.

Ihr ist bewusst, dass dieses Angebot von Außenstehenden auch kritisch beäugt wird. Als Parlamentsarmee

habe die Bundeswehr jedoch eine Rechenschaftspflicht gegenüber der Bevölkerung, hält sie dagegen. „Was wir bei unseren Besuchen machen, ist politische Bildung, die Vermittlung von Fakten. Wir geben den Schülern Farbe an die Hand, ihr Bild malen sie sich dann aber selbst“, sagt Weyland. Es gehe nicht darum, die jungen Menschen von der Bundeswehr zu überzeugen oder für den Eintritt in die Truppe zu werben, sondern kritisch aufzuzeigen, welche Vielzahl an Krisen die Weltpolitik aktuell bestimmt.

„Meine Erfahrung ist, dass Lehrkräfte häufig sehr dankbar sind, dass sie beim schwierigen Thema Krieg und Frieden durch externe Redner unterstützt werden, und das Ganze so von der emotionalen auf eine sachliche Ebene geht.“ Ein wichtiger Aspekt, der immer auch

einen Block in ihren Vorträgen über den Angriffskrieg auf die Ukraine einnimmt, sind Fake News. „Dieser Krieg ist auch ein Informationskrieg, der die Jugendlichen in den sozialen Medien oft ungefiltert erreicht. Ich stelle da eine gewisse Verrohung fest“, berichtet Weyland.

Die Dinge stets kritisch zu hinterfragen, und hierfür auch methodisches Wissen, wie etwa das Quellenstudium, an die Hand zu geben, sei ihr daher ein großes Anliegen.

„Durch das Vermitteln von Grundwissen, eine Sensibilisierung für mögliche Gefahren und wofür unser Grundgesetz eigentlich steht, kann die Gesellschaft in meinen Augen eigentlich erst wehrhaft werden.“



**„Bildung und Information  
sind wichtige Werkzeuge  
im Umgang mit Fake News.“**



*Oberleutnant Lara Weyland*

# Major i. G. Johannes Arlt

# 3



Johannes Arlt hat seine Dienstuniform gegen einen Businessanzug getauscht. Der 40-jährige Major gewann 2021 das Direktmandat im Wahlkreis Mecklenburgische Seenplatte II – Landkreis Rostock III für die SPD und ist seitdem vom soldatischen Dienst freigestellt. Davor war der Berufssoldat unter anderem Verbindungsoffizier in Schweden, im Kommando Luftwaffe Referent für Afrika und den Nahen Osten und als Spezialist im Bereich der unbemannten Luftfahrt an Einsätzen in Mali und Afghanistan beteiligt.

Bei einem gemeinsamen Kaffee im Reichstag stellt er jedoch klar: „Ich bin

keineswegs vor meinem Beruf in die Politik geflohen. Auch jetzt habe ich meinen Truppenausweis dabei. Ich könnte jederzeit, wenn ich mein Mandat niederlegen oder nicht wiedergewählt würde, zurückkehren.“ Dass er sich während des ersten Corona-Lockdowns für die Kandidatur entschied, habe vor allem mit den Gestaltungsmöglichkeiten zu tun, die ihm das Amt biete: „Ich möchte lieber am System arbeiten statt nur im System. Ich möchte die vielen Dinge, die mich als Soldaten ärgern, voranbringen“, erklärt Arlt.

Sein bislang wichtigstes Anliegen im Sinne der Truppe war die Einführung eines nationalen Veteranentages sowie

eine bessere Versorgung von Veteranen und Veteraninnen und deren Familien, wie sie im April 2024 mit einer breiten Mehrheit der Bundestagsabgeordneten beschlossen wurde. „Beinahe zwei Jahre habe ich zusammen mit meinen Kollegen und Kolleginnen an der Sache gearbeitet, viele bürokratische Hürden mussten genommen werden.“ Die sozialen Verbesserungen für all jene, die während ihrer Dienstzeit in Auslandseinsätzen geschädigt wurden, habe die Geduld aber mehr als gerechtfertigt. „Ich kenne viele Kameraden, denen es ganz schlecht geht.“

Für ihn steht außer Frage, dass es Berufssoldaten und Berufssoldatinnen im Parlament brauche: „Sie sind ein wichtiger Teil der Bevölkerung, wir haben keinen Beruf wie jeder andere, daher sollten wir auch repräsentiert sein.“ Dass man ihm – auch schon in jungen Jahren als Co-Vorsitzender der Berliner Jusos – nie Steine in den Weg gelegt habe, wenn es um politisches Engagement ging, rechnet er der Bundeswehr hoch an.

Beim Thema der wehrhaften Gesellschaft wird Arlt deutlich: „Wir brauchen wieder eine gewisse Robustheit, die es uns möglich macht, uns selbst nicht so wichtig zu nehmen und stattdessen auf die Gesamtgesellschaft zu schauen.“ In seiner Funktion als Regionalpolitiker habe er hierzu eine Menge Gespräche geführt: „Viele Bürger und Bürgerinnen wären glücklicher, wenn sie besser auf mögliche Konflikte vorbereitet wären.“

Loyalität – also der Ansatz, eine Arbeit lediglich ordnungsgemäß zu verrichten – reiche angesichts der aktuellen Herausforderung nicht aus. „Wir gehen in Zeiten hinein, in denen es enorm wichtig ist, sich eine solche Bindung deutlich zu machen. Es bedarf des Ethos der Identifikation mit der freiheitlichen Demokratie.“

### Einander sehen und anerkennen

Den Gedanken, dass die Führungsprinzipien der Inneren Führung und das ihnen zugrunde liegende humanistische Weltbild noch stärker als bislang in der zivilen Welt zum Einsatz kommen müssten, empfindet Mielke als richtig. Er weist aber auch auf die Wechselwirkungen hin: „Es braucht immer eine Gesellschaft und eine politische Führung, die sich mit den Soldaten und Soldatinnen identifiziert.“

Respekt als Tugend gelte es zu fokussieren: „Im Lateinischen bedeutet Respekt so viel wie Rücksicht, und das fängt mit dem Gesehenwerden an und damit, anerkannt zu werden“, beschreibt es der Seelsorger. Soldaten und Soldatinnen, die in Uniform mit der Bahn reisen, werden hier häufig als Beispiel herangezogen. Es ist gewissermaßen ein öffentliches Farbebekenntnis, automatisch für all das, für das man einsteht. Das braucht es auch von anderen Akteuren der Republik.

Um mit Vorbildfunktion in die Gesellschaft wirken zu können, bedürfe es aus Mielkes Sicht eines klaren Verständnisses für eine zeitgemäße Ausbildung in den Streitkräften: „In den anstehenden Konflikten werden nur Soldaten und Soldatinnen erfolgreich sein, die aus einer ganz starken Eigenverantwortung und Urteilsfähigkeit, aus einer gefestigten Persönlichkeit heraus agieren, und die ein starkes Bewusstsein für die Freiheiten ihres Selbst besitzen. Wir müssen daher jene Bildungsprozesse stärken, die Men-



↑ Jugendoffizier der Bundeswehr Hauptmann Carl Jürgens führt eine Schulklasse durch die Gedenkstätte Deutscher Widerstand im Bundesministerium der Verteidigung in Berlin.

schen in diesem Sinne aufbauen und urteilsfähig machen.“ Als Beispiel für derlei Bildungsprozesse kann die von Inspekteur Alfons Mais 2021 ins Leben gerufene Initiative „Meine Innere Führung“ des Deutschen Heeres dienen. Sie richtet sich an alle Dienstgrade und besteht aus verschiedenen Bausteinen, die helfen sollen, die Prinzipien der Inneren Führung greifbar zu machen und mit denen die Soldatinnen und Soldaten ihr eigenes Handeln einordnen und kritisch prüfen können. „Der Inspekteur des Heeres hat klar herausgestellt, dass es entscheidend ist, wie wir gemeinsam dienen und miteinander umgehen“, erklärt Oberstleutnant Lars Zacharias, Grundsatzreferent Innere Führung vom Kommando Heer. Er ist zudem überzeugt: „Soldaten sind letztendlich auch Multiplikatoren einer staatstragenden Haltung.“ Zusätzliche Bildungsangebote, die über die reine Ausbildung hinausgehen, seien daher notwendig und richtig: „Mit der Initiative wollen wir junge Menschen dazu bringen, sich mit unserem Staat und dem Grundgesetz auseinanderzusetzen.“ Jeder und jede müsse wissen, wofür sie kämpfen. Wehrhaftigkeit setzt immer auch geistige Einsatzbereitschaft voraus.

In der Politikwissenschaft hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass Demokratien nicht immer mit einem großen Knall zugrunde gehen. Häufig sterben sie „mit einem Wimmern“<sup>1</sup> und siehen jahrelang dahin. Wie die angeführten Beispiele zeigen, leben demokratische Systeme von der Überzeugung und dem Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Ihnen kommt die größte Verantwortung für das Funktionieren des Gemeinwesens zu. Nur wenn die Verbannung extremistischer Ideologien aus der Mitte der Gesellschaft heraus erfolgt, wird sich die Demokratie langfristig behaupten können. Es gilt daher heute mehr denn je, Selbstzufriedenheit und Erschöpfung zu überwinden, sich für die eigenen Interessen und das Gemeinwohl zu engagieren, unterschiedliche Meinungen auszuhalten und im Ringen um beste Lösungen zum Fortschritt beizutragen.



**Martin Boldt**

ist Redakteur der Zeitschrift IF

<sup>1</sup> Steven Levitsky / Daniel Ziblatt: „Wie Demokratie sterben“



# Seite an Seite in die Zukunft

Wie Wehrhaftigkeit zu unserem  
bundeswehrgemeinsamen Selbst-  
verständnis wird



*Der Parlamentarische Staatssekretär Thomas Hitschler zeichnet während des feierlichen Appells in der Falckenstein-Kaserne Koblenz Amtshilfeteilnehmende der Flutkatastrophe 2021 von der Bundeswehr mit der Fluthilfemedaille aus.*



**Die Verteidigungspolitischen Richtlinien 2023 legen fest, dass ein bundeswehrgemeinsames Selbstverständnis von Wehrhaftigkeit zu entwickeln ist. Bei diesem gilt es, die Besonderheiten der militärischen Auftragserfüllung mit einem zivilen Unterstützungsauftrag für die Streitkräfte zu verbinden.**

Von André Schröder und  
Guido Gutzeit

**E**ine „glaubhafte Abschreckung“ und die Vorbereitung auf den Ernstfall als Rational hinter einem (zu erstellenden) bundeswehrgemeinsamen Selbstverständnis? Der Gedanke wirkt auf den ersten Blick ungewöhnlich, besteht das Selbstverständnis einer Organisation doch aus unterschiedlichen Teilen, die zusammengesetzt erst einen Gesamteindruck von der jeweiligen Organisation einfangen. Darin werden Werte, Ziele und Visionen zum spezifischen Wesenskern miteinander verbunden. Dies hilft einer Organisation, sich von anderen zu unterscheiden.

Die Bundeswehr als Institution für die Verteidigung unserer Werte besteht bereits. Unsere Identität muss nicht gestiftet werden. Werte und Ziele sind bereits klar formuliert. Denn unsere Organisations- und Führungskultur

blickt dabei auf eine lange Geschichte zurück. Wir verteidigen das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes. Kurzum: WIR. DIENEN. DEUTSCHLAND. und damit unserem Vaterland – ungeachtet, ob wir dabei Uniform oder Zivilbekleidung tragen. Somit geht es nicht darum, ein vollkommen neues Selbstverständnis oder ein Leitbild zu entwickeln. Im Vordergrund steht vielmehr, ein gemeinsames Verständnis von Wehrhaftigkeit zu schaffen und, damit verbunden, eine Fokussierung unseres Mindsets auf das Wesentliche:

1. Kriegstüchtigkeit als Handlungsmaxime,
2. Vertrauen als Grundlage,
3. Führung als Gestaltungsmittel.

Eine kriegstüchtige Bundeswehr ist das beste Signal, um potenzielle Aggressoren abzuschrecken. Dazu

müssen wir als Bundewehrangehörige alle an einem Strang ziehen, sonst entfalten wir keine Wirkung.

#### **Kriegstüchtigkeit und Wehrhaftigkeit beginnt in unseren Köpfen**

Die veränderten sicherheitspolitischen Realitäten stellen mit Blick auf eine wehrhafte Demokratie erhöhte Forderungen an unsere Gesellschaft und den Staatsbürger und die Staatsbürgerin (in Uniform).

Das Scharnhorst-Zitat „Alle Bürger eines Staates sind geborene Verteidiger desselben“ wirkt aktueller denn je. Wir wissen, dass unser zukünftiges Leben in Frieden, Freiheit und Sicherheit eng mit einer wehrhaften und resilienten Gesellschaft verbunden ist. Unter Wehrhaftigkeit wird dabei die innere Haltung zur gesamtgesellschaftlichen Verteidigungsbereitschaft in Krise und Krieg verstanden.

„Glaubhafte Abschreckung ist die Voraussetzung, in Zeiten, in denen es Aggressoren gibt, einen Krieg zu verhindern. [...] Es geht darum, dass wir uns mit klarem nüchternen Blick auf den Ernstfall vorbereiten“

Boris Pistorius auf der Bundeswehrtagung, 10. November 2023



Der litauische Verteidigungsminister Laurynas Kasčiūnas begrüßt den Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Alfons Mais, bei seiner Ankunft mit dem Vorkommando der Brigade Litauen in Vilnius/Litauen, am 8. April 2024.



↑ Soldaten und Soldatinnen sowie zivile Mitarbeitende nehmen gemeinsam an einer Besprechung in der Redaktion der Bundeswehr teil.



*Die nicht wahrnehmbaren Bedrohungen der hybriden Kriegsführung sind bisher nur unzureichend im Bewusstsein der Menschen angelangt.*

Während uns der Begriff des Wirtschaftskrieges oder der Industriespionage locker über die Lippen geht, ist die Vorstellung, dass wir uns bereits in einem hybriden Krieg befinden, der tief in die Gesellschaft hineinwirkt, kaum im Bewusstsein der Menschen angekommen.

Wir werden bereits angegriffen, auf unterschiedlichen Ebenen. Während uns der Begriff des Wirtschaftskrieges oder der Industriespionage locker über die Lippen geht, ist die Vorstellung, dass wir uns bereits in einem hybriden Krieg befinden, der tief in die Gesellschaft hineinwirkt, kaum im Bewusstsein der Menschen angekommen. Das hat auch die sehr emotionale Debatte um den Begriff „Kriegstüchtigkeit“ gezeigt. Daran wird deutlich, wie wichtig die Ausprägung eines bundeswehrgemeinsamen Selbstverständnisses ist.

Für die Bundeswehr ist die Erwartungshaltung an ein solches Selbstverständnis hoch. Wir müssen uns fragen, ob das, was wir tun, einer kriegstüchtigen Bundeswehr dient. Wer dabei in Statusgruppen und Statusunterschieden sowie ausschließlich in Zuständigkeiten und Verwaltungsvorschriften denkt, verkennt die Bedeutung und die Verantwortung ALLER mit Blick auf den gemeinsamen Auftrag: eine einsatzbereite Bundeswehr auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, auf die sich auch unsere Bündnispartner verlassen können.

Kriegstüchtigkeit kann aber nicht alleine Aufgabe der Streitkräfte sein. Sie stellt zwar die Bereitschaft zum Kampf und den Anspruch auf Erfolg im hochintensiven Gefecht voran, unterstreicht allerdings auch die besondere Bedeutung unterstützender Akteure



↑ Im Bundesministerium der Verteidigung arbeiten viele Zivilangestellte sowie Beamte und Beamtinnen der Bundeswehr.

und Akteurinnen, wie beispielsweise die Wehrverwaltung.<sup>1</sup> Jeder und jede leistet ihren Beitrag zum Gelingen des Ganzen, egal ob in der Beschaffung, der Liegenschaftsverwaltung oder der Rechtsberatung. Die Zeitenwende zwingt jeden Einzelnen und jede Einzelne zu einer persönlichen Standortbestimmung. Wir alle – ob in Uniform oder in Zivil – haben es jeden Tag selbst in der Hand, tüchtig zu sein. Dabei geht es nicht um den großen Sprung. Es sind vielmehr die kleinen Schritte, die uns in Summe kriegstüchtig machen.

Ausschlaggebend sind Initiative und persönliches Engagement. Alle können jetzt sofort anfangen. Niemand muss auf etwas warten, das „von oben“ vorgegeben wird. Das Prinzip „Führen mit Auftrag“ bei den Soldaten und Soldatinnen sowie das Zivile Führungsverständnis der „Wertschätzenden Führungskultur“ leiten uns und entwickeln die

dafür notwendige Kreativität und Kraft. Jeder kann sich selbst, den eigenen Verantwortungsbereich und oft genug auch den anderen Kameraden und die andere

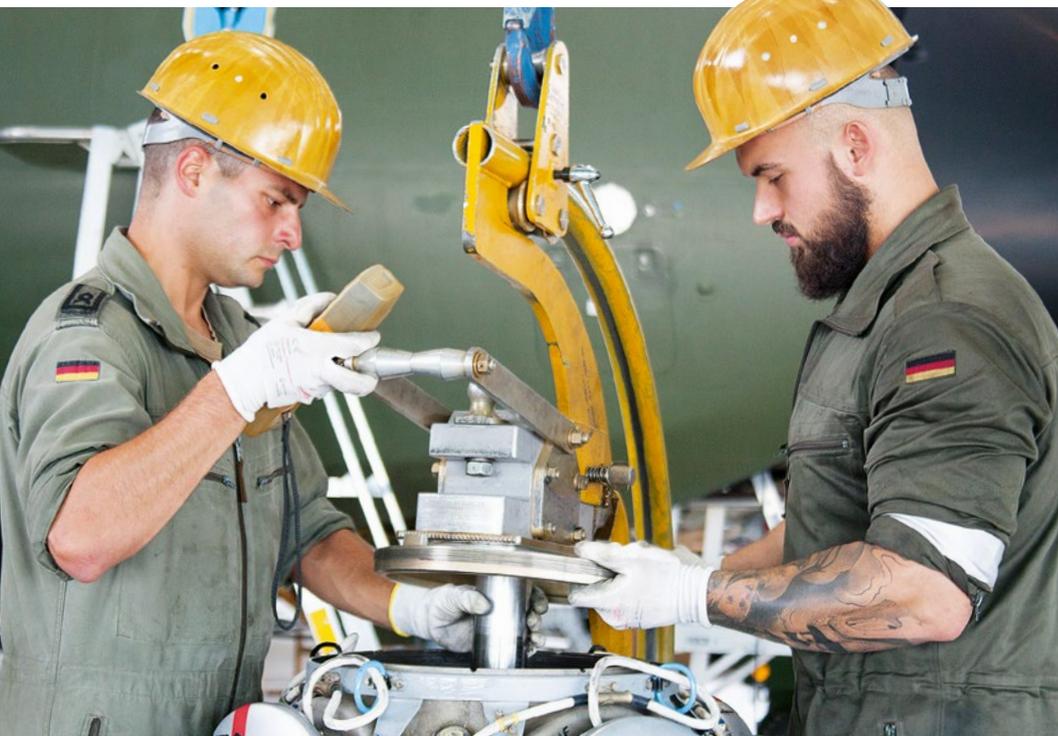
Kriegstüchtigkeit  
kann aber nicht  
alleine Aufgabe der  
Streitkräfte sein.

Kameradin sowie den Kollegen und die Kollegin jeden Tag ein Stück weit verbessern. Wir haben es in der Hand, die Bundeswehr der Zukunft auch mit unserem Mindset zu prägen.

Wie ein solches bundeswehrgemeinsames Selbstverständnis von Wehrhaftigkeit aussehen könnte, das gilt es jetzt

in Angriff zu nehmen. Wir als Zentrum Innere Führung wollen uns dabei aktiv bei der Erstellung dieses Verständnisses mit einbringen. Denn uns ist klar, dass ein bundeswehrgemeinsames Selbstverständnis Kern einer weiterzuentwickelnden Inneren Führung sein muss. Dabei soll der jetzige Veränderungsprozess innerhalb unserer Bundeswehr in der Zeitenwende von diesem bundeswehrgemeinsamen Selbstverständnis begleitet werden. Gestraffte Entscheidungsprozesse und ebenengerechte Aufgabenwahrnehmung, die spätestens mit den Strukturanpassungen des Osnabrücker Erlasses Einzug halten, schaffen den notwendigen neuen organisatorischen Rahmen für die Führungskultur der Zukunft. Wir sind alle aufgefordert, mitzugestalten. Machen Sie mit!

↓ Teil der Realität: Fluggerätemechaniker zerlegen eine ausgemusterte C-160 Transall im Rahmen der Hochwertteilengewinnung.



**Oberstleutnant i.G.  
André Schröder**

ist Generalstabsdienstoffizier  
im Dezernat Menschenführung /  
Politische Bildung am Zentrum  
Innere Führung



**Regierungsdirektor  
Guido Gutzeit**

ist Bereichsleiter Recht und Sol-  
datische Ordnung am Zentrum  
Innere Führung

<sup>1</sup> Verteidigungspolitische Richtlinien 2023, hier ist von verantwortungsvoller Wehrverwaltung die Rede, für die die Unterstützung der Streitkräfte für das hochintensive Gefecht handlungsleitende Maxime darstellt, S. 27.



# Wehrhaftigkeit in der Krise

Finnland, Schweden  
und Deutschland im Vergleich

Seite 30, Foto: imago/TT/Adam Ihse  
Seite 31, Foto: picture alliance/dpa/Kay Nietfeld

**Wehrhaftigkeit muss sich in der Krise bewähren. Beispiele aus dem Ostseeraum zeigen, dass die Vorbereitung auf Krisen Demokratien von innen stärken und nach außen schützen kann. Drei Handlungsfelder scheinen von besonderer Relevanz zu sein: Vertrauen schaffen, Wissen vermitteln, Fähigkeiten aufbauen.**

von Alexandra Friede

**W**as Wehrhaftigkeit bedeutet, unterscheidet sich über Raum und Zeit. Krisen können als „Momente der Wahrheit“ eine Reflexion auslösen und Veränderungen bewirken. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine zeigt dies eindrücklich: In Deutschland hat der Überfall das Verständnis von Wehrhaftigkeit seit dem 24. Februar 2022 stark gewandelt. Der Verteidigungsminister betont zunehmend die militärische, nach außen gerichtete Dimension von Wehrhaftigkeit und bereitet einer Diskussion um die Wiedereinführung der Wehrpflicht und der sogenannten Kriegstüchtigkeit der Bundeswehr den Boden. Zudem richtet sich Deutschlands Blick verstärkt ins Ausland, insbesondere in den Norden, und möchte aus den Erfahrungen anderer Länder lernen. Immer wieder wird in diesem Kontext auf das „schwedische“ beziehungsweise „skandinavische Modell“

der Wehrpflicht oder aber den umfassenden Sicherheitsansatz Finnlands verwiesen. Vor diesem Hintergrund sollen die aktuellen Entwicklungen in den drei benannten Staaten genauer untersucht werden.

#### **Entwicklungen im Ostseeraum seit 2014**

Der Ostseeraum ist seit den 1990er-Jahren sowohl von europäischer Integration, Kooperation und Demokratisierung als auch von einer latenten Bedrohung aus dem Osten geprägt. Mit dem Einmarsch Russlands in die Ostukraine und der Annexion der Krim im Frühjahr 2014 haben die Spannungen in der Region zugenommen. Nach der russischen Invasion 2022 haben sich Hoffnungen auf ein friedliches Zusammenleben vorerst zerschlagen. Die Ostseeanrainerstaaten haben auf die neue Bedrohungslage reagiert: Finnland und Schweden sind der NATO beigetreten, Lettland hat die Wehrpflicht wieder eingeführt, Polen investiert aktuell vier Prozent seines Bruttoinlandsproduktes in Verteidigung.

Hinzu kommt eine wichtige Erkenntnis: Ohne die innere Stärke einer Demokratie bleibt militärische Stärke ohne Wert. Beides bedingt einander, lässt sich nicht voneinander trennen.

Ohne die innere Stärke einer Demokratie bleibt militärische Stärke ohne Wert.



Boris Pistorius (SPD), Bundesminister der Verteidigung, wird an der finnischen National Defence University empfangen.

Demokratische Werte werden militärisch verteidigt – und die Verteidigung des Landes kann nur gelingen, wenn sie von der breiten Gesellschaft getragen wird. Dies spiegelt sich auch in „totalen“, „umfassenden“ oder „integrierten“ Politikansätzen im Ostseeraum wider, die zivile und militärische Verteidigung, innen und außen, Militär, Wirtschaft und Gesellschaft zusammendenken.

### **Finnland, Schweden und Deutschland im Vergleich**

Wehrhaftigkeit lässt sich nicht eins zu eins in andere Sprachen übersetzen. Widerstandskraft (schwedisch: motståndskraft) und Verteidigungsbereitschaft (schwedisch: Försvarsvilja, finnisch: Maanpuolustustahto) treten an die Stelle der Wehrhaftigkeit. Neben der Sprache unterscheiden sich auch die Mittel und Wege, die gewählt beziehungsweise beschritten werden, um Demokratien gegen innere und äußere Bedrohungen zu wappnen.

Finnlands „umfassendes Sicherheitskonzept“ setzt voraus, dass alle in der Gesellschaft als Sicherheitsakteure einen Beitrag für das Gemeinwohl leisten. Kernfunktionen der Gesellschaft müssen in Krisen aufrechterhalten werden. Zu den Kernfunktionen zählen unter anderem psychologische Resilienz und Verteidigungsfähigkeit. Finnlands Wehrpflicht, die für alle gesunden Männer gilt, und der ausgeprägte Wille, das Land zu verteidigen, sind eine Stütze des umfassenden Sicherheitssystems. Die Vorbereitung auf Krisen wird als tagtägliche, auf Dauer angelegte Aufgabe aller verstanden. Bis heute verfängt die Erzählung, dass ein kleines, geografisch exponiertes Land imstande sein muss, sich selbst zu versorgen und zu verteidigen, um das eigene Überleben zu sichern.

Die Planungen für Schwedens „totale Verteidigung“ wurden 2015 reaktiviert, um das Land auf einen Krieg vorzubereiten. Militärische und zivile Kräfte wirken im Kriegsfall zusammen. Prioritäten der totalen Verteidigung haben sich

während des 20. und 21. Jahrhunderts verschoben. Nach dem Ende des Kalten Krieges wichen nukleare und militärische Szenarien modernen Risiken und Verwundbarkeiten. Mit den wiederaufgenommenen Kriegsvorbereitungen vermischen sich alte und neue Bedrohungen. 2017 wurde die Wehrpflicht – in modernisierter Form – wieder eingesetzt. Schwedens Wehrpflicht ist selektiv, geschlechtsneutral und berücksichtigt individuelle Interessen.

Deutschland verfolgt seit 2023 einen integrierten Ansatz. Die Erkenntnis, dass Sicherheit durch Zusammenarbeit erreicht wird, ist nicht neu. Im Weißbuch aus dem Jahr 2016 wurde bereits ein umfassender beziehungsweise vernetzter Ansatz beschrieben. Die Nationale Sicherheitsstrategie (NSS) führt Wehrhaftigkeit – neben Resilienz und Nachhaltigkeit – als „Dimension von Sicherheit“ ein, die den Schutz vor äußerer Gewalt sicherstellt. Die Verteidigungspolitischen Richtlinien schließen daran an. Sie beschreiben die Bundeswehr als „Kerninstrument unserer Wehrhaftig-

**Ohne Vertrauen kann eine Gesellschaft nicht bestehen.**



Damit die Bereitschaft, sich zu engagieren, in der Krise einen Unterschied macht, muss Wissen vermittelt und anwendbar gemacht werden.

keit gegen militärische Bedrohungen“. Resilienz beschreibt in der NSS wiederum die Verteidigung der Demokratie nach innen. Über Ländergrenzen hinweg scheinen drei Handlungsfelder von besonderer Relevanz zu sein: Vertrauen schaffen, Wissen vermitteln, Fähigkeiten aufbauen.

**Vertrauen schaffen**

Ohne Vertrauen kann eine Gesellschaft nicht bestehen. Dies betrifft sowohl (horizontales) Vertrauen in die Mitmenschen als auch (vertikales) Vertrauen in staatliche Institutionen. Vertrauensbildung ist ein langwieriger Prozess und bedarf der tagtäglichen Interaktion. Soziale Ausgrenzung, sozio-ökonomischer Status und negative Erfahrungen schmälern das Vertrauen. Vertikales Vertrauen entsteht, wenn sich institutionelle Prozesse an gesellschaftlichen Normen orientieren, wie Integrität, Offenheit und Fairness. Zudem ist entscheidend, ob Menschen mit der Leistung staatlicher Institutionen zufrieden sind.

Horizontales und vertikales Vertrauen sind in Finnland hoch. Die meisten Finnen und Finninnen vertrauen einander, fühlen sich sicher und glücklich. Es fällt auf, dass – selbst in den nordischen Wohlfahrtsstaaten – Vertrauen vom sozio-ökonomisch Status abhängt. In Deutschland kommen Unterschiede zwischen Ost und West hinzu. Wenn Vertrauen ungleichmäßig verteilt ist, schadet dies potenziell der Demokratie. Entscheidungen können schwerer getroffen und umgesetzt werden. Vertrauen könnte zudem ein entscheidender Faktor sein, um zu erklären, warum Menschen sich in der Krise für ihre Mitmenschen und ihr Land engagieren.

**Wissen vermitteln**

Damit die Bereitschaft, sich zu engagieren, in der Krise einen Unterschied macht, muss Wissen vermittelt und anwendbar gemacht werden. Informationskampagnen sind ein beliebtes Mittel, um die gesamte Gesellschaft zu erreichen, auch wenn deren Effekte umstritten sind. Finnlands „72 Stunden“-Kampagne



↑ In den baltischen Staaten hat die Abwehrbereitschaft in der Bevölkerung einen hohen Stellenwert erlangt.

gibt Tipps, um sich in den ersten drei Tagen einer Krise selbst versorgen zu können. Die Botschaft ist: Die eigene Vorsorge ist wichtig, damit die gesamte Gesellschaft in der Krise funktionieren kann. Deutschlands „Ratgeber für Notfallvorsorge und richtiges Handeln in Notsituationen“, der vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BBK) herausgegeben wird (siehe auch „Impuls“,





↑ Ein Motiv aus der Aufklärungskampagne „Für alle Fälle vorbereitet“ des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz.

Vorbereitung auf den Ernstfall:  
Ein Mitglied der Nyland-Brigade  
während einer Trainingsmission  
in Hanko, Finnland.



S. 14–15), ist umfangreich und enthält viele technische Informationen. Naturkatastrophen stehen im Fokus. Die 2021 angelaufene Kampagne „Für alle Fälle vorbereitet“ versucht, mit surrealen Szenarien Aufmerksamkeit zu erregen. Die Videos mit fliegenden Ufos, angreifenden Kaninchen und regnenden Donuts haben gemischte Reaktionen hervorgerufen. Inzwischen ist die Beschäftigung mit realen Konflikten, wie dem Krieg in der Ukraine, in den Vordergrund gerückt.

In Schweden informiert die Broschüre „Wenn Krise oder Krieg eintreten“ über das totale Verteidigungssystem. Die Broschüre enthält unter anderem Hinweise zum richtigen Verhalten während eines Terroranschlags, bei

Falschinformationen und Warnsignalen. 2022 hat Schweden eine Behörde für psychologische Verteidigung geschaffen, um über Falschinformationen aufzuklären. In der Informationskampagne „Lass dich nicht täuschen!“ zeigen bekannte Magier, wie sich menschliches Denken und Handeln mit einfachen Tricks beeinflussen lassen. Finnland verfolgt eine umfassende Strategie, um Medienkompetenz zu stärken – von der lokalen bis zur nationalen Ebene, von der Schule bis zur Universität. Daraus entsteht ein Netzwerk, das einen kritischen Umgang mit Informationen vorlebt. In Ranglisten zur Medienkompetenz belegen die nordischen Länder die ersten Plätze, während Deutschland im Mittelfeld liegt.

Etwa **50.000**

Finnen nehmen im Jahr  
freiwillig an militärischen  
Trainings teil.

**Die Botschaft ist: Die eigene Vorsorge ist wichtig, damit die gesamte Gesellschaft in der Krise funktionieren kann.**

**Fähigkeiten aufbauen**

Um Wissen anwendbar zu machen, sind Informations- und Trainingsangebote in Finnland und Schweden verzahnt. Auf der Webseite von Finnlands „72 Stunden“-Kampagne können Interessierte nach Trainings in ihrer Nähe suchen – oder sich selbst zum Trainer oder zur Trainerin ausbilden lassen. Zusätzlich nehmen etwa 50.000 Finnen

spielsweise im Bereich der Funktechnik, Tierversorgung oder Logistik.

Die persönliche Vorbereitung auf Krisen ergänzt, verstärkt oder entlastet staatliche Strukturen, kann diese aber nicht ersetzen. Investitionen in eine funktionierende Warninfrastruktur, gesundheitliche Versorgung oder militärische Ausrüstung gewährleisten, dass



←  
*Freiwillige Helfer und Helferinnen befüllen Sandsäcke in Pelchau bei Magdeburg im Kampf gegen das Hochwasser des Jahres 2013.*

im Jahr freiwillig an militärischen Trainings teil, für die sie sich ohne großen Aufwand registrieren können. In Schweden können sich alle Bürger und Bürgerinnen online zu einer zweiwöchigen militärischen Grundausbildung in ihrer Nähe anmelden. Zudem bieten freiwillige Verteidigungsorganisationen spezialisierte Trainings an, bei-

denjenigen in der Krise Hilfe erhalten, deren Kapazitäten erschöpft sind. Die Einbettung nationaler Fähigkeiten in multilaterale Strukturen, etwa auf EU- und NATO-Ebene, macht das System belastbarer. Wehrhaftigkeit im Verbund zu erzeugen, ist eine drängende Herausforderung unserer Zeit, die an dieser Stelle nur angerissen werden kann.

**Fazit**

Eine Gesellschaft, die in Werten geeint ist, sich vertraut und füreinander in der Krise einsteht, ist auf einem guten Weg, wehrhaft zu werden. Wehrhaftigkeit setzt zusätzlich voraus, dass Menschen wissen, was in einer Krise zu tun ist und dieses Wissen anwenden können. Das gilt für alle Menschen in einer Gesellschaft – in Kasernen, Schulen, Krankenhäusern oder zu Hause. Was in ruhigen Zeiten eingeübt wird, kann sich in der Krise bewähren. Die Vorbereitung auf Krisen signalisiert nach innen, dass jeder ein Teil der Gesellschaft ist, sich nicht sorgen muss, und nach außen, dass Demokratien sich verteidigen können.



Diesen Artikel können Sie online nachhören.



Download der Broschüre „Ratgeber für Notfallvorsorge und richtiges Handeln in Notsituationen“



**Alexandra M. Friede**

ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität der Bundeswehr in Hamburg und forscht zu Verteidigungspolitiken im Ostseeraum, zuletzt war sie Gastwissenschaftlerin im Projekt „Total Defence for the 21st Century“ an der Universität Göteborg.

In diesem Artikel gibt die Autorin ihre persönliche Auffassung wieder.

# Für Bundeswehr und Gesellschaft

## Bestehen unter Belastung

**Der Begriff Resilienz als Teilaspekt einer wehrhaften Gesellschaft ist zurzeit in aller Munde. Man findet ihn etwa in Form der „Resilienzstrategie für den Katastrophenfall“, und als „Enhanced Allied Resilience“ in der NATO. Auch die Bundeswehr muss resilienter werden. Wie das funktionieren kann und welche Rolle Führung dabei spielt, sind zentrale Forschungsfragen des Instituts für Präventivmedizin der Bundeswehr.**

von Manuela Andrea Hoffmann

**U**rsprünglich stammt der Begriff Resilienz aus der Materialforschung. „Materialien, die nach Druck von außen wieder in ihre ursprüngliche Form zurückfinden, sind resilient. Auf dieser Basis wird auch die Definition von psychologischer Resilienz verständlich“, erläutert Dr. Kristina Küper, Forscherin am Institut für Präventivmedizin der Bundeswehr in Andernach. Resilient ist, wer auf Unvorhergesehenes flexibel reagieren kann, wer trotz Rückschlägen nicht aufgibt und wer auch nach Krisen schnell wieder ins innere Gleichgewicht zurückfindet. Wem es an Resilienz mangelt, der kann an Krisen oder Problemen schnell zerbrechen.

**Körperliche und psychische Extreme**  
Der Soldatenberuf stellt Menschen vor außergewöhnliche Herausforderungen.

In Auslandseinsätzen befinden sich unsere Soldaten und Soldatinnen oft in einer schnell wechselnden Gefährdungslage. Zusätzlich sehen sie sich mit Auftragserfüllungsdruck, moralischen Konflikten und ganz alltäglichen Stresssituationen konfrontiert. Insbesondere lang andauernde oder gefährliche Einsätze sind nicht nur körperlich anstrengend, sondern belasten auch die Psyche. Dementsprechend sind auch Einsatzfolgen häufig psychischer Art: Allein die Diagnose Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) wird jedes Jahr bei etwa 200 Bundeswehrangehörigen erstmalig gestellt.

Extreme Belastungen müssen aber nicht zwangsläufig zu psychischen Erkrankungen führen. Manche Menschen sind Belastungen gegenüber resilienter,

können also negative Erlebnisse schneller verarbeiten und wieder ins innere Gleichgewicht zurückfinden. Diese psychische Resilienz ist allerdings keine angeborene Fähigkeit, die man entweder hat oder nicht hat. Vielmehr setzt sie sich aus verschiedenen Kompetenzen und Ressourcen zusammen, die im Laufe des Lebens erworben werden. Neben Persönlichkeitseigenschaften wie Optimismus, Humor oder Intelligenz, tragen auch proaktive Bewältigungsstrategien und Einstellungen, wie zum Beispiel die Selbstwirksamkeitserwartung, zur Resilienz bei. Selbstwirksamkeitserwartung beschreibt dabei die Überzeugung, auch schwierige Situationen mithilfe der eigenen Fähigkeiten meistern zu können. Aufgrund der eigenen Lebenserfahrungen sind diese Bausteine von Resilienz bei jedem Einzelnen mehr oder weniger

*Extreme Belastungen im Einsatz, etwa im Gefecht, können langfristige Konsequenzen für die Psyche der Soldatinnen und Soldaten haben. Mithilfe von Resilienztrainings sollen sie besser auf diese Situationen vorbereitet werden. →*

Die Diagnose Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) wird jedes Jahr bei etwa 200 Bundeswehrangehörigen erstmalig gestellt.



*Manche Menschen sind der Überzeugung, dass es ein Zeichen von Schwäche ist, um Hilfe zu bitten. Hier sind aufmerksame Vorgesetzte gefragt.*

stark ausgeprägt. Sie können aber auch gezielt trainiert und verbessert werden.

### **Resilienztraining ist Einsatzvorbereitung**

Optimale Einsatzvorbereitung bedeutet nicht nur Ausbildung an der Waffe, körperliches Fitnesstraining oder die Vermittlung von Erste-Hilfe-Kenntnissen, sondern auch, dass Soldaten und Soldatinnen bestmöglich auf die psychischen Belastungen vorbereitet werden, die sie im Einsatz erwarten. Dass dabei auch gezielte Resilienztrainings helfen können, hat sich bei unseren NATO-Partnern bereits bestätigt.

Fester Bestandteil des Programms der US Army ist das „Master Resilience Training“. In einem zehntägigen Kurs werden Soldaten und Soldatinnen zu Resilienzexperten ausgebildet, die ihre Einheit und insbesondere auch ihre Vorgesetzten in allen Fragen zur Resilienz beraten und unterstützen sollen. Die sechs zentralen Säulen des Kurses

sind Selbsterkenntnis, Selbstregulation, Optimismus, mentale Beweglichkeit, Charakterstärke und Zusammenhalt. Sie bilden die Grundlage für die Gruppensitzungen, Einzel- oder Partnerübungen, in denen die Teilnehmenden lernen, ihre eigenen Gedanken, Gefühle und Verhaltensgewohnheiten zu erkennen und zu hinterfragen. Gleichzeitig verbessert sich dabei auch das Verständnis für das Verhalten anderer, also zu begreifen, warum Familienmitglieder, Kameradinnen und Kameraden oder Vorgesetzte so handeln, wie sie handeln.

Eine dieser Übungen ist beispielsweise die Suche nach Eisbergen, also nach tief verwurzelten Überzeugungen,

die unser Verhalten zwar maßgeblich beeinflussen, derer wir uns aber nicht immer bewusst sind. Eine solche Überzeugung kann zum Beispiel sein, dass es ein Zeichen der Schwäche ist, um Hilfe zu bitten. Schrittweise lernen die Teilnehmenden zunächst, solche Eisberge zu erkennen, um dann festzustellen, wie groß die Bedeutung dieser Überzeugungen für sie persönlich ist. Anschließend wird hinterfragt, inwieweit die Überzeugungen in einer gegebenen Situation zutreffend sind, ob sie übertrieben starr sind und ob sie hilfreich sind.

Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auch auf Kommunikation und Führungsverhalten. Wie kann ich Lob und Tadel effektiv einsetzen? Wie kann ich Probleme, aber auch Erfolge innerhalb der Einheit konstruktiv ansprechen und diskutieren? Warum beeinflusst die Art und Weise, wie ich mit jemandem spreche, die zwischenmenschliche Beziehung zu dieser Person und welche Kommunikationsstrategien kann ich nutzen, um den Zusammenhalt innerhalb meiner Einheit zu stärken? All das sind Fragen, die eines ganz deutlich machen: Resilienz ist auch Führungssache.

Das Institut für Präventivmedizin der Bundeswehr ist eine Ressortforschungseinrichtung → des Bundesministeriums der Verteidigung mit wehrmedizinischem Forschungsauftrag. Unter dem Leitspruch „Resilient im Einsatz. Gesund im Leben.“ bündelt das Institut für Soldaten und Soldatinnen interdisziplinäre Forschungskompetenzen verschiedenster Fachbereiche zu einem ganzheitlichen präventivmedizinischen Ansatz.



### Wertschätzung von außen

Die Resilienz unserer Soldaten und Soldatinnen hängt nicht nur von deren Persönlichkeitseigenschaften, Bewältigungsstrategien oder Einstellungen ab. Auch die Unterstützung und Wertschätzung von außen spielt eine



**„Vorbild sein allein reicht nicht. Resilienz muss erlernt, entwickelt und auch erhalten werden.“**

*Oberfeldapotheker Dr. Markus Staudt*



entscheidende Rolle. Damit ist neben familiärem Rückhalt und gelebter Kameradschaft auch und insbesondere das Verhalten von Vorgesetzten gemeint. Positive Wertschätzung durch die Führung signalisiert „Ich vertraue dir und deinen Fähigkeiten“, aber auch „Wenn etwas schiefgeht, sind wir beziehungsweise bin ich für dich da“. Das schafft Vertrauen, gibt Sicherheit, fördert Optimismus und verhindert lähmende Angst vor der Aufgabe oder möglichen Fehlern. Zudem gilt auch bei

Resilienz: führen durch Vorbild. Das Verhalten und die Ausstrahlung einer resilienten Führungsperson können den Untergebenen als Orientierungshilfe bei der Weiterentwicklung der eigenen Resilienz dienen.

„Trotzdem sollten sich Führungskräfte eines stets vergegenwärtigen“, betont Oberfeldapotheker Dr. Markus Staudt, der im Institut für Präventivmedizin der Bundeswehr unter anderem zu den Themen Resilienz und Suchtprävention forscht, „Vorbild sein allein reicht nicht. Resilienz muss erlernt, entwickelt und auch erhalten werden“. Dabei kann es nicht das „eine“ Resilienztraining geben, das für alle passend und wirksam ist. Vielmehr müssen Maßnahmen zur Resilienzförderung vielfältig sein, um verschiedenen Zielgruppen, Anwendungsbereichen und Kulturkreisen gerecht zu werden. Dessen ist sich auch die Bundeswehr bewusst. Ob im Psychologischen Dienst, im Psychotraumazentrum oder im Rahmen der Ausbildung der Feldjäger – der Dienstherr unternimmt bereits viel, um die Resilienz von Bundeswehrangehörigen zu stärken und so seiner Fürsorgepflicht gerecht zu werden.

### Resilienztraining im Zentrum Innere Führung

Das Zentrum Innere Führung in Koblenz hat einen entscheidenden Baustein zur ganzheitlichen Resilienzförderung entwickelt: Ein Training, das sich speziell an Führungskräfte richtet und diese dabei unterstützen soll, Resilienz selbst vorzuleben und gezielt bei anderen zu fördern. Im Fokus stehen dabei Zielorientierung, Kameradschaft, Vertrauen, Verantwortung, Lösungsorientierung, Akzeptanz und Verantwortungsübernahme – Werte, die den Kern des Soldatenberufs ausmachen und aus denen sich Resilienz schöpfen lässt. Diese und weitere Punkte werden in der Fortbildungsmaßnahme behandelt, die 2024 erstmalig erprobt wird. Das

Pilotprojekt wird dabei vom Institut für Präventivmedizin der Bundeswehr wissenschaftlich begleitet. Die so gewonnenen Forschungsergebnisse sollen nicht nur zeigen, inwieweit sich das Training tatsächlich förderlich auf die Resilienz auswirkt, sondern geben auch Aufschluss darüber, wie die Maßnahme von den Teilnehmenden angenommen wird.

Dieses und weitere Begleitforschungsprojekte des Instituts für Präventivmedizin der Bundeswehr sollen es dem Dienstherren ermöglichen, ein umfassendes und vielseitiges Programm zur Resilienzförderung zusammenzustellen, wie es unsere NATO-Partner schon haben: Maßnahmen, die nicht nur effektiv, sondern im militärischen Kontext auch praktikabel sind und die uns alle resilienter für die Herausforderungen der Zukunft machen werden. Eine Kompetenz, die am Ende auch ein klarer Gewinn für die wehrhafte Demokratie ist.



Zum Institut für Präventivmedizin der Bundeswehr



**Oberstarzt  
PD Dr. Manuela Andrea  
Hoffmann**

ist Leiterin des Instituts für Präventivmedizin der Bundeswehr, Wissenschaftlerin, Gesundheitsökonomin, sowie unter anderem Fachärztin für Arbeitsmedizin und Fachärztin für Nuklearmedizin. Sie lehrt an verschiedenen deutschen Universitäten in den Fachbereichen Arbeitsmedizin, Nuklearmedizin, Sozial- und Umweltmedizin.

# Comic-Helden & Innere Führung

Mit dem Comic-Sachbuch „Ben dient Deutschland“ von Autor Tom Fiedler wird der „Baukasten Innere Führung“ um ein Produkt mit Alleinstellungsmerkmal erweitert.



Seite 40, Comic: Bundeswehr/Tom Fiedler  
Seite 41, Comic: Bundeswehr/Tom Fiedler

von Peter Messner

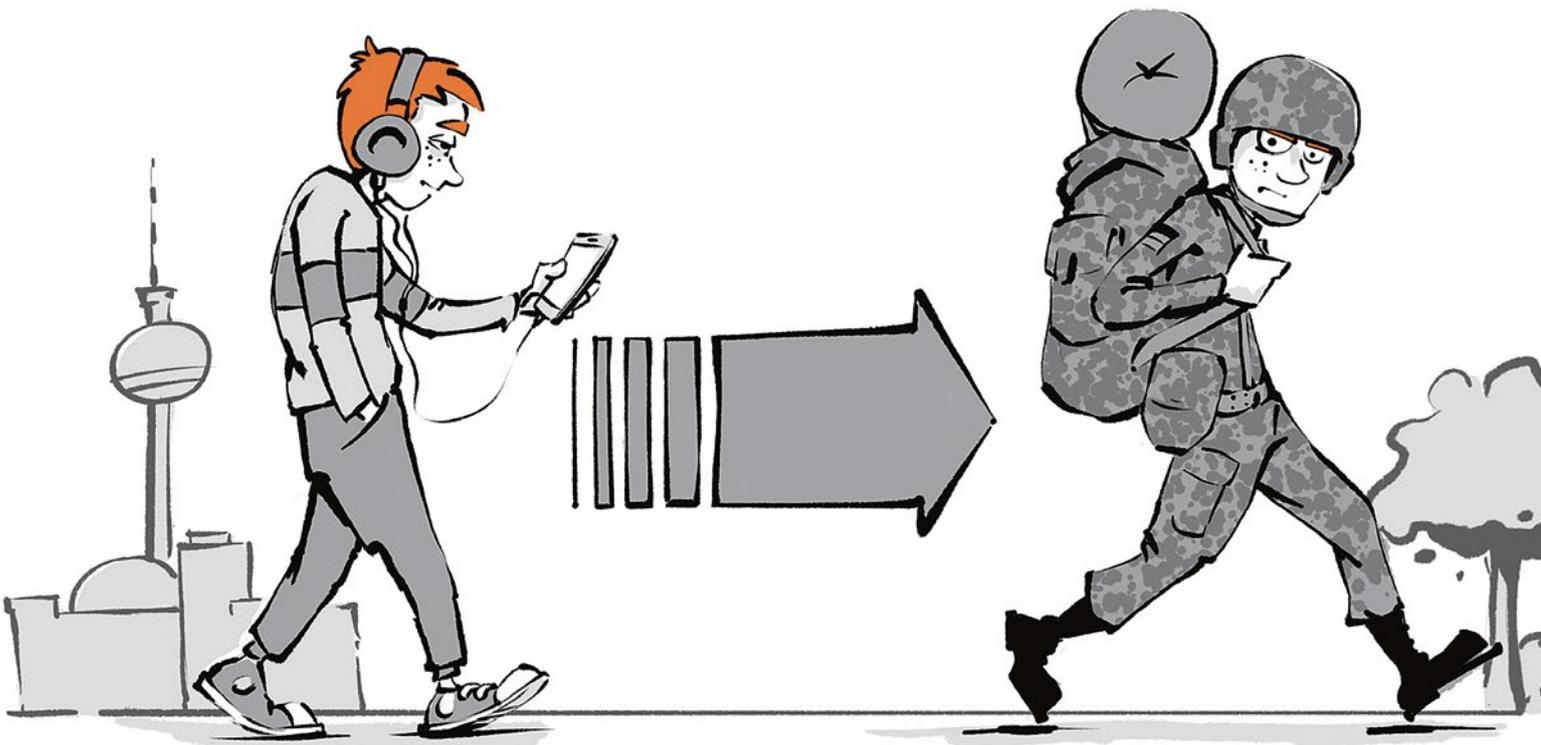
**M**it der Unterstützung von Ben Schneider will Tom Fiedler den vielen, nicht immer ganz einfach zu fassenden Themen der Inneren Führung eine neue Dimension verleihen. Der Cartoonist und seine Comicfigur greifen dabei gezielt eine der zentralen Fragen der heutigen Zeit auf: Warum soll ein junger Mensch sich dafür entscheiden, zur Bundeswehr zu gehen? Das Comicbuch „Ben dient Deutschland“, das am Zentrum für Innere Führung in Koblenz entsteht, versteht sich dabei sowohl als Anregung zum Gespräch als auch Spurensuche zwischen Fakten und Gefühlswelt. Was genau bedeutet es eigentlich, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen, und was heißt es, ihre Freiheit tapfer zu verteidigen?

**Ben ist 19 Jahre alt und ein ganz normaler Schüler.** Zumindest beinahe: Sein geistiger Vater Fiedler hat ihn mit roten Haaren und Sommersprossen ausgestattet – des deutlichen Wiedererkennungswertes wegen, wie er im Gespräch verrät. Denn dass sich in einem Comic-Streifen über Menschen in Uniform zunächst alle ziemlich ähnlich sehen, wurde dem Cartoonisten Fiedler nach den ersten Skizzen schnell klar. Bens Kameraden mussten allesamt markante Merkmale aufweisen. Aber egal, ob schlank oder kräftig, groß oder kurz gewachsen – in der Grundausbildung müssen sie gemeinsam durch dick und dünn.

Nachdem die Idee eines Comics im Zentrum Innere Führung geboren war, machte der Koblenzer Autor sich auf die Suche nach Motiven. Seine eigene Grundausbildung diente dem Korvettenkapitän der Reserve zunächst als Blaupause. Für einige Monate

recherchierte er, beobachtete und füllte täglich seinen Notizblock. Und er arbeitete mit dem Gespür eines geübten Beobachters. Er beherrscht das „Visual storytelling“, wie es auf neudeutsch heißt. Kurz: Fiedler setzt Themen in Bilder um, das ist sein Beruf als freier Künstler – oder wie er es nennt: „Ich möchte Drive und Humor in die Kommunikation bringen.“ Dabei nutzt der Autor sein Zeichentalent und seine schnelle Auffassungsgabe. Als gelernter Ingenieur für Luft- und Raumfahrttechnik arbeitet er gern strukturiert.

In einen engen Kontakt mit der Inneren Führung brachte Tom Fiedler sein Engagement für die „Invictus Games“, die 2023 erstmals in Deutschland stattfanden: Seine privat angefertigte und publizierte „Graphic Novel“ „INVICTUS – Der Weg zurück ins Leben“ traf den Nerv der Leser und versteht sich auch stilistisch als inoffizieller Vorgänger von „Ben dient Deutschland“. Auch die





Soldaten und Soldatinnen des Zentrums für Innere Führung in Koblenz baten um ein Werk in eigener Sache. Fiedler willigte ein. In mehreren Wehrübungen und so manchen durchgezeichneten Wochenenden entstand das fein beobachtete Werk über Ben und seinen sicher nicht konfliktfreien Weg zum Soldaten, verknüpft mit deutscher Geschichte, internationaler Politik und persönlichen Widersprüchen. Ein Buch für junge Menschen, die nicht nur bequeme Entscheidungen für ihr Leben treffen wollen. Denn eines ist klar: Ohne diese Jugend wäre die deutsche Demokratie weder wehrhaft noch verteidigungsfähig.

Konflikte in der Familie, Diskussionen mit Freunden und Freundinnen, Blicke auf die eigene Familiengeschichte, die große Politik und die kleinen Alltagserlebnisse lassen Ben Seite für Seite von einer Comicfigur zu einem jungen Mann

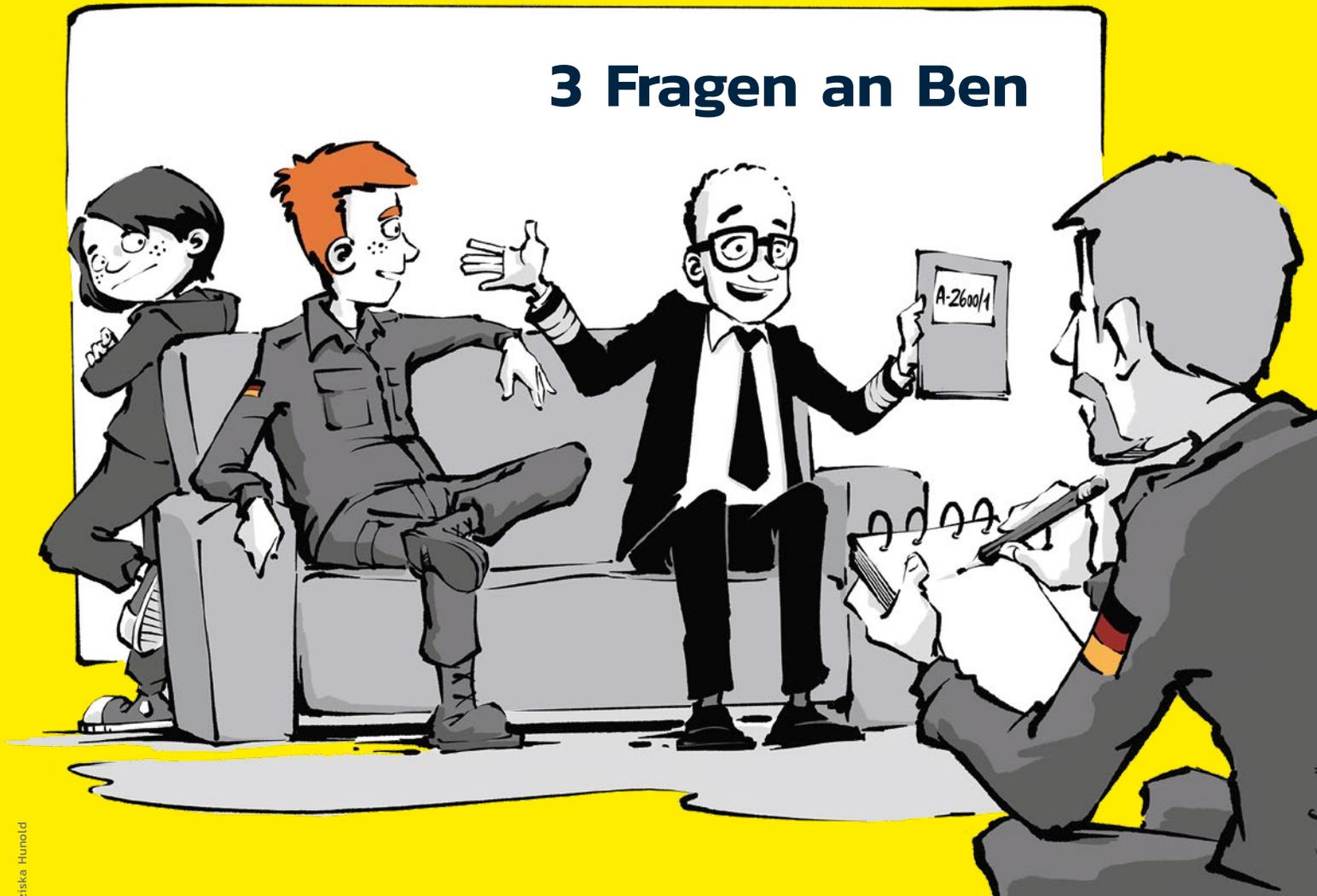
wachsen. Ben muss seine Entscheidung, zum Bund gehen zu wollen, auf allen Ebenen begründen: Seine Schwester hält ihn für bescheuert, die Politiker und Politikerinnen in Berlin streiten über den grundsätzlichen Sinn des Soldatseins, er trifft auf tolle Kameraden und Kameradinnen, die ihm mal zu weich und mal zu hart erscheinen. Ben findet letztendlich seine Rolle, auch mit den Überzeugungen, wie sie die Innere

Führung artikuliert. Die hilft ihm nicht, seinen Rucksack zu tragen oder todmüde noch einen „Ritterkreuzauftrag“ zu übernehmen. Aber sie hilft ihm dabei, vom Sinn seines Dienstes und dem seiner Kameraden und Kameradinnen überzeugt zu sein und in herausfordernden Situationen die richtigen Entscheidungen zu treffen. Ben dient Deutschland – das liest sich richtig gut und fühlt sich nicht nur für Ben richtig an.



„Ben dient Deutschland“ ist nach der Veröffentlichung des „Handbuchs Innere Führung“ im vergangenen November der neueste Stein im gut gefüllten „Baukasten Innere Führung“: Bald zu finden auf Ynside – dem Extranet der Bundeswehr.

## 3 Fragen an Ben



Seite 42, Comic: Bundeswehr/Tom Fiedler  
Seite 43, Comic: Bundeswehr/Tom Fiedler, Foto: Foto: Bundeswehr/Franziska Humold

**1 Du machst den Schritt vom Bürger zum Staatsbürger in Uniform – warum?**  
Mir ist irgendwann als Jugendlicher klar geworden, dass es wichtig ist, als freier Mensch in einer freien und wehrhaften

Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen. Demokratie lebt doch davon, dass die Bürger und Bürgerinnen sich engagieren.

**2 Deine Schwester Hannah ist von Anfang an gegen deinen Dienst in der Bundeswehr, deine Eltern sind unsicher, aber du hast Deinen Entschluss verteidigt.**  
Das stimmt, das war nicht einfach. Aber heute leiste ich meinen Dienst in Litauen und ich bin sicher, auch Hannah weiß heute, warum ich das tue.

**3 Die Ausbildung und die Aufträge in der Truppe sind oft herausfordernd und eher nicht gemütlich. Du hast durchgehalten. Willst Du dauerhaft dabei bleiben?**

Ich denke schon. Ich gehöre dazu. Der Dienst ist mir mit jedem Jahr wichtiger geworden. Und die Bedeutung einer verteidigungsbereiten Bundeswehr ja auch, wie die Geschichte zeigt – nicht nur meine Geschichte.



**Major d. R.  
Peter Messner**  
ist Redakteur der IF.

# Das Erbe des Arabischen Frühlings

Seite 44 Foto: imago/Hans Lucas/Chedly Ben Ibrahim  
Seite 45, Infografik: Ideenhaus/Michael Zimmermann; Screenshot/Ideenhaus/Google Earth

ورقة حمراء



**Wenn es ein Land innerhalb der islamischen Staatengemeinschaft gibt, dem zugetraut wird, den Übergang von einer Diktatur in eine Demokratie zu schaffen, dann ist das Tunesien. Nach einem vielversprechenden Neuanfang in den 2010er-Jahren hat sich das Bild inzwischen allerdings wieder eingetrübt. Droht ein Rückfall wie beim Nachbarn Ägypten?**

von Harald Stutte

**M**it der Selbstverbrennung des Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi in der zentraltunesischen Stadt Sidi Bouzid begann am 17. Dezember 2010 der Arabische Frühling – die größte transnationale Demokratiebewegung seit dem Zusammenbruch des Ostblocks. „Wenn es hier keinen Erfolg hat, kann es auch nirgendwo erfolgreich sein“, sagte der republikanische Senator John McCain zum damaligen US-Botschafter Gordon Gray, als er das nordafrikanische Land kurz nach dem Sturz des Langzeitdiktators Zine El Abidine Ben Ali besuchte.

Tatsächlich waren die Voraussetzungen, den demokratischen Wandel einzuleiten, in Tunesien sehr gut: Die im Jahr 2014 verabschiedete neue Verfassung galt als Meilenstein in der politischen Geschichte Nordafrikas – als progressivste und demokratischste Verfassung der gesamten Region. „Die tunesische Verfassung, damals in einem nationalen Kraftakt, einem nationalen Dialog von allen relevanten Gruppen verabschiedet, war ein großer Erfolg“, bestätigt Mariam

Salehi, Konfliktforscherin an der Freien Universität Berlin mit dem Schwerpunkt Tunesien, gegenüber unserem Magazin. Die Beteiligten wurden dafür im Jahr 2015 mit dem Friedensnobelpreis geehrt.

Tunesiens Verfassung beschnitt die Rolle des Militärs und garantierte die Gleichstellung von Mann und Frau. Sie manifestierte eine unabhängige Justiz und schaffte so die Grundlage für eine Dezentralisierung politischer Verantwortung. Die in der Region verbreitete Konzentration der politischen Macht in einer Hand wurde verhindert, indem die exekutive Gewalt zwischen dem vom Parlament gewählten Premierminister und dem direkt gewählten Präsidenten geteilt wurde.

Doch der gesellschaftliche Transfer in Richtung Demokratie – er erlitt mit den Wahlen von 2019 und ihren Folgeerscheinungen einen herben Rückschlag. Der Jurist Kais Saïed wurde mit ultrakonservativen Positionen und einem Law-and-Order-Kurs in der Sicherheitspolitik zum Präsidenten

gewählt. So sprach er sich für das islamische Recht, für die Einführung der Todesstrafe, gegen die Gleichberechtigung von Frauen im Erbrecht und gegen eine Annäherung an Israel aus. Im Juli 2021 löste Präsident Saïed faktisch das Parlament auf, Angriffe auf Oppositionsführer, Medien und Aktivisten nehmen seitdem zu. „Die Entwicklungen in Tunesien seit Präsident Saïeds Amtsübernahme zeigen eine deutliche Tendenz zur Re-Autoritarisierung, die eng mit seiner persönlichen Vision verbunden ist und politisch einem präsidentiellen Sonderweg ähnelt“, sagt der in Tunis forschende Politologe Julius Dihstelhoff. „Diese Transformation des politischen Systems des Landes kann als Neugestaltung betrachtet werden, da Saïed schrittweise die ‚Suprastruktur‘ des Landes veränderte, seine Macht erweiterte und demokratische Institutionen und Prinzipien untergrub“, so der Wissenschaftler vom Think Tank „Merian Centre for Advanced Studies in the Maghreb (MECAM).“

Der Westen habe sich im Fall Tunesiens ein Stück weit selbst unter Erfolgsdruck gesetzt, ist Mariam Salehi überzeugt, gleichzeitig habe man die Augen vor einer Realität verschlossen, die keineswegs stringent in Richtung Demokratisierung verlief. Denn bereits bei den ersten freien Wahlen am 23. Oktober 2011 wurde die islamistische Ennahda-Partei mit 37 Prozent stärkste Kraft. „Der Westen investierte damals sehr viel Geld und Kraft in das Werden der tunesischen Demokratie“, so Mariam Salehi. Die Islamisten setzten sich bei den ersten freien Wahlen durch, weil sie „auf politische Erfahrungen bauen konnten und bereits sehr gut organisiert waren. Jene, die die Revolution gemacht hatten, die auf der Straße waren und mit ihrem Leben bezahlt haben, sie gingen am Ende leer aus“, so die Berliner Konfliktforscherin.

Ägypten war nach Tunesien das zweite Land, in dem im Rahmen des Arabischen Frühlings Unruhen ausbrachen. Den 25. Januar 2011, eigentlich der „Tag der Polizei“, verwandelten Hunderttausende, die sich via sozialer Medien verabredet hatten, in einen „Tag des

Zorns“. „Das Volk will den Sturz des Regimes“ hieß die Parole. Was den Massen kurze Zeit später auch tatsächlich gelang: Am 11. Februar 2011 trat der langjährige Staatspräsident Husni Mubarak zurück und ein Militärrat übernahm die Macht – zuvor hatten schätzungsweise 850 Menschen ihr Leben verloren.

**Fehlendes demokratisches Rüstzeug**  
Trotz aller Gewalt: In Ägypten und Tunesien konnten, anders als beispielsweise in Syrien oder Libyen, langwierige Bürgerkriege vermieden werden. Weshalb den Umstürzen auch Blumenamen verliehen wurden: Jasminrevolution in Tunesien, Lotosblütenrevolution in Ägypten.

Doch anders als in Tunesien endete der Traum vieler Menschen, die in den ägyptischen Metropolen für Demokratie und Freiheit auf die Straßen gegangen waren, ziemlich abrupt. Aus den aus mehreren Urnengängen bestehenden Wahlen zum Rat des Volkes um die Jahreswende 2011/12 ging eine von den Muslimbrüdern (unter dem Namen Freiheits- und Gerechtigkeitspartei)

angeführte Allianz mit 45 Prozent als stärkste Kraft hervor. Bei den dann im Mai 2012 durchgeführten Präsidentschaftswahlen siegte der Muslimbruder Mohammed Mursi mit 51,7 Prozent. In der neuen Verfassung, verabschiedet im Juni 2012 von einer verfassungsgebenden Versammlung, in der Muslimbrüder und Salafisten eine Mehrheit der 100 Sitze hatten, wurde die Gewaltenteilung faktisch außer Kraft gesetzt, die Rechte von Frauen und Minderheiten wurden nicht garantiert, die Scharia wurde de facto Rechtsgrundlage.

Nach immer neuen Bombenanschlägen, Unruhen im Land und Angriffen auf Minderheiten, wie etwa die christlichen Kopten, putschte am 3. Juli 2013 das Militär und setzte Präsident Mursi ab – seither regiert Generaloberst Abd al-Fattah as-Sisi. Später ließ er sich in Wahlen, die keinen demokratischen Standards genügten, als Präsident bestätigen.

Dass in Ägypten die Demokratisierung bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt scheiterte, hat verschiedene Gründe. Vor allem lag es daran, „dass es in dieser

↓ Weil langwierige Bürgerkriege vermieden werden konnten, wurden den Umstürzen des Arabischen Frühlings auch Blumenamen verliehen: die Jasminrevolution in Tunesien, die Lotosblütenrevolution in Ägypten.





*Trotz einzelner Gewaltausbrüche konnte die Regierung Tunesiens 2011 ohne Bürgerkrieg gestürzt und die Demokratisierung des Landes eingeleitet werden. Demonstrantinnen und Demonstranten der „Karawane der Freiheit“ griffen hierfür etwa zum Mittel des Sitzstreiks.*

Umbruchsituation nicht viel Zeit für nicht-islamistische Akteure und ihre Parteien gab, sich zu organisieren und adäquate Angebote zu machen. Einig waren sich weite Teile der Gesellschaft eigentlich nur darin, dass es so nicht weitergehen kann“, ist Stephan Roll, Leiter der Forschungsgruppe für Afrika und den Mittleren Osten der „Stiftung für Wissenschaft und Politik“ (SWP) in Berlin überzeugt.

Konsens bestand unter den verschiedenen Oppositionsgruppen über die Ablehnung von Langzeitdiktator Husni Mubarak, aber nicht über die post-diktatorische Zukunft. SWP-Experte Roll: „Dagegen waren die islamistischen Parteien und Gruppierungen schlicht in einer besseren Position, was Strukturen, also Organisationsgrad, aber auch Finanzen betraf – und zwar in beiden Ländern.“ Zudem dürfe laut Roll nicht unterschätzt werden, „dass es externe Akteure gab, die kein Interesse daran hatten, dass da langfristig stabile Demokratien ent-

stehen“, wobei der Nahost-Experte vor allem an die Golfstaaten denkt.

Trotz der aktuell schwierigen Lage warnt Stephan Roll davor, die Bewegung vorschnell totzureden. Man vergesse, „dass Demokratisierungsprozesse auch in Europa sehr langwierig waren. Weswegen ich jetzt auch nicht zu vorschnell sagen würde, wir stehen bereits am Ende der Geschichte und es hat eben nicht geklappt“, so Roll. Er glaubt vielmehr, dass solche Entwicklungen in Wellen verlaufen. „Nicht auszuschließen, dass es neue Wellen geben wird, in denen dann wieder Menschen auf die Straße gehen und auch Teile der Eliten mehr Mitsprache einfordern, mehr Rechtsstaatlichkeit, mehr Freiheiten“, so der Experte von der SWP.

Zumindest der gegenwärtige Zustand der ägyptischen Autokratie gibt wenig Anlass zu Optimismus. In den elf Jahren seit dem Militärputsch hat al-Sisi seine Macht konsolidiert. Bei der Präsident-

schaftswahl 2014 siegte er offiziell mit 96,9 Prozent der Stimmen. Es waren keine Wahlen, die auch nur annähernd demokratischen Standards genügten. 2019 wurde per Referendum mit 88,8 Prozent Zustimmung eine umfassende Verfassungsänderung durchgesetzt. Sie hatte unter anderem zum Inhalt, dass die Amtszeit des Präsidenten von vier auf sechs Jahre verlängert wurde. Mit dem Senat wurde eine zweite Parlamentskammer etabliert, ein Drittel der Abgeordneten bestimmt der Präsident, der zugleich an der Spitze des Hohen Justizrates, der den Generalstaatsanwalt sowie den Vorsitzenden des Obersten Verfassungsrates ernennt, steht. Zudem wurde die Rolle des Militärs gestärkt. Im Dezember 2023 gewann der mittlerweile 69-jährige al-Sisi auch seine dritte Wahl, nunmehr mit 89,6 Prozent.

Die Probleme des Landes mit seinen 105 Millionen Einwohnern sind gewaltig: Die Wirtschaft befindet sich auf Talfahrt, das ägyptische Pfund hat im

# Unruhiges Nordafrika

Die Zurückweisung einer  
EU-Hilfe in Höhe von

# 150 Mio.

Euro bringt das neue Selbst-  
bewusstsein des tunesischen  
Präsidenten Kais Saied  
zum Ausdruck.

Atlantischer  
Ozean

Algier

## ALGERIEN

Ein Generalstreik im März 2019 führt dazu, dass der seit 1999 regierende Präsident Abd al-Aziz Bouteflika auf eine weitere Kandidatur verzichtet. Der vom Militär unterstützte Kandidat Abdelmadjid Tebboune gewinnt daraufhin im ersten Wahlgang.

## MALI

Seit 2012 bewaffneter Konflikt in Nordmali. In der Folge mehrere Militärputsche, zuletzt im Mai 2021. Seitdem wird das Land von einer militärischen Übergangsregierung geführt.

Bamako

Niamey

Schwarzes Meer

Mittelmeer

Rotes Meer

Tunis

Mit der Präsidentenwahl von Kais Saied 2019 und seinen ultrakonservativen Positionen erleidet der gesellschaftliche Transfer in Richtung Demokratie einen herben Dämpfer.

**Tunesien** Tripolis

## Libyen

Am 17. Februar 2011 bricht im Zuge des Arabischen Frühlings die libysche Revolution aus und Machthaber al-Gaddafi wird gestürzt. Es folgen Machtkämpfe unter den Regierungsbeteiligten. Seit Oktober 2018 besteht ein fragiler Waffenstillstand.

Kairo

## Ägypten

Seit Juni 2014 ist Abd al-Fattah as-Sisi Präsident Ägyptens, nachdem er sich beim gewaltsamen Staatsstreich von 2013 mithilfe des Militärs an die Macht putschte.

## NIGER

Am 26. Juli 2023 wird Präsident Mohamed Bazoum durch einen Militärputsch gestürzt. Der Nationale Rat für den Schutz des Vaterlandes übernimmt die Macht und löst die staatlichen Institutionen auf.

## TSCHAD

Nach den Präsidentschaftswahlen im April 2021 kommt es zum Aufstand im Norden des Landes. Präsident Idriss Déby stirbt bei Kampfhandlungen. Ein Militärrat unter Leitung seines Sohnes Mahamat Déby übernimmt die Macht.

N'Djamena

## Sudan

Am 11. April 2019 kommt es zu einem Militärputsch, in dessen Rahmen der langjährige Staatspräsident des Landes Umar al-Baschir abgesetzt wird. Seit April 2023 tobt ein Bürgerkrieg und rivalisierende Fraktionen des herrschenden Militärs kämpfen um Vorherrschaft.

Khartum



Der von Russland vorfinanzierte Bau des ersten ägyptischen Atomkraftwerks schafft neue Abhängigkeiten und sichert dem Kreml zunehmend Einfluss in Nordafrika.

Vergleich zum Dollar allein innerhalb eines Jahres ein Drittel an Wert verloren. Vor allem der Krieg in Gaza als israelische Reaktion auf die Terrorattacken der Hamas vom 7. Oktober 2023 und der Einbruch der Einnahmen aus der Querung des Suez-Kanals durch die Angriffe der Huthi-Rebellen belastet die Gesellschaft. Die pro palästinensische Haltung der Bevölkerung und der Vorwurf der Passivität setzt der Regierung as-Sisi zu. Immer wieder kommt es zu Gewaltentladungen bei Demonstrationen. „Kairo wird vorgeworfen, nach wie vor zu wenig humanitäre Hilfe in den Gaza-Streifen zu lassen. Und es steht die Frage im Raum, inwieweit Ägypten verantwortlich für die enorme Aufrüstung der Hamas ist, obwohl da in Israel niemand gern drüber redet“, fasst Stephan Roll zusammen.

As-Sisi hat weder ein Interesse an einer Eskalation noch an einer militärisch starken Hamas. Sein größtes Problem ist, dass ihm die Kontrolle über die ägyptische Gesellschaft entgleiten könnte, zumal die Situation auf der Sinai-Halbinsel und im Grenzgebiet zu Gaza als sehr unübersichtlich gilt. Nicht minder setzen dem Land die Bürgerkriege in den Nachbarländern Sudan und Libyen zu. Die berüchtigten Sicherheitsgefängnisse im Land sind voll. „Ich würde sagen, dass die Menschenrechtssituation im heutigen Ägypten weitaus kritischer ist als in den letzten Jahren der Mubarak-Diktatur, als eine begrenzte politische Öffnung zu spüren war“, so der Ägypten-Experte.

**Wachsender Einfluss Russlands**  
Ägyptens Verhältnis zur EU und den USA gilt als angespannt. So kritisierte

der Westen as-Sisis Machtübernahme 2013 scharf. Als Reaktion darauf suchte al-Sisi früh den Schulterschluss mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin. Nachdem die USA die militärische und finanzielle Hilfe für Ägypten eingefroren hatte, kündigte der Kreml bereits im November 2014 an, Luftverteidigungssysteme zu liefern, zudem Militärflugzeuge. Bei ihrer Kooperation beriefen sich beide Staaten auf die traditionelle Freundschaft zwischen der Sowjetunion und Ägypten unter Präsident Gamel Abdel Nasser. Für sehr bedenklich hält Roll den geplanten Bau des ersten ägyptischen Atomkraftwerks, vorfinanziert von Moskau und ausgeführt durch russische Unternehmen, „was eine im Westen bislang unterschätzte Abhängigkeit schafft, die alle bisherigen Kooperationen in den Schatten stellt“, warnt Roll.

Auch Tunesien gehöre zu den Ländern, die sich Russlands wachsendem Einfluss in Afrika zumindest nicht aktiv entgegenstellen. „Moskau betrachtet Tunesiens Präsident Saied als einen historisch einzigartigen Partner und verstärkt daher seine Bemühungen um eine Annäherung an Tunesien“, so der in Tunis forschende Politologe Dihstelhoff. Dies zeige sich unter anderem „durch die Förderung der russischen Kultur in Tunesien, wie etwa durch verstärkte russische Sprachkurse und

Für sehr bedenklich hält Roll den geplanten Bau des ersten ägyptischen Atomkraftwerks, vorfinanziert von Moskau und ausgeführt durch russische Unternehmen (...).

kulturelle Veranstaltungen. Russische Medien wie Sputnik intensivieren ebenfalls ihre Berichterstattung über Tunesien und nutzen dies als Plattform für politische Botschaften“.

Gleichzeitig hat sich das Verhältnis des ehemaligen „demokratischen Muster-schülers“ zum Westen abgekühlt, wenn auch mit deutlich anderen Vorzeichen als im Fall Ägyptens. Laut Dihstelhoff entfernt sich Tunesien zunehmend vom Westen. „Die Spannungen zwischen Kais Saied und dem Westen nehmen zu, wie etwa durch die Weigerung des Europäischen Parlaments, die Wahlen in Tunesien zu beobachten, deutlich wird.“ Insgesamt nehme „die westliche Kritik an Saieds autoritärem Regierungsstil und der Missachtung demokratischer Normen zu“.

Die tunesische Diplomatie habe insgesamt eine antiimperialistische Rhetorik übernommen und kritisiere jede westliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes. Auch Konfliktforscherin Salehi bestätigt: „In der tunesischen Gesellschaft ist ein ‚antikoloniales‘ beziehungsweise ‚anti-neokoloniales‘ Narrativ sehr verbreitet

– und das richtet sich vor allem gegen den starken Einfluss Frankreichs, aber auch gegen Zwänge internationaler Finanzinstitutionen.“

Seinen Ausdruck fand dieses neue Selbstbewusstsein in der brüskten Zurückweisung einer EU-Hilfe in Höhe von 150 Millionen Euro, deklariert als „Haushaltshilfe“ für das nordafrikanische Land im Herbst vergangenen Jahres. Ein im Juli 2023 unterschriebene Migrationsabkommen zwischen der EU und Tunesien hatte zum Ziel, die Zahl der aus Afrika nach Europa kommender Flüchtlinge zu verringern. Im EU-Parlament geäußerte Kritik an der Menschenrechtslage im Land war offensichtlich später Auslöser für Präsident Saied, die „Almosen“ aus Brüssel zurückzuweisen. Tunesien sei zur Zusammenarbeit bereit, nehme aber keine „Gefälligkeit“ an, „wenn diese respektlos seien“, hieß es aus Tunis.

Doch Tunesien braucht den Westen, zum Beispiel um den seit Kurzem drohenden Staatsbankrott abzuwenden. Für den Westen bleibt Tunesien ebenfalls ein wichtiger Partner, „weil das Land historisch betrachtet ver-



↑ *Strategische Partner und Partnerinnen: Der niederländische Premierminister Mark Rutte, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und die italienische Premierministerin Giorgia Meloni bei einem gemeinsamen Besuch bei Tunesiens Präsident Kais Saied.*

gleichsweise stabil in der Region des Nahen Ostens und Nordafrikas ist – mit Ausstrahlung auf die gesamte Region“, betont Julius Dihstelhoff. Hinzu komme, dass „der Westen weiterhin ein Interesse daran hat, Tunesien als ein leuchtendes Beispiel für Demokratie mit dem Potenzial zu halten, andere Länder zu inspirieren“. Es gebe „vielfältige wirtschaftliche Beziehungen mit dem Westen, sowohl auf multilateraler als auch bilateraler Ebene“, so der Wissenschaftler. Auch sei Tunis für den Westen „ein bedeutender Partner im Kampf gegen den Terrorismus“.



↑ *Mehrere Tausend Kriegsflüchtlinge aus Libyen und anderen Kriegsgebieten leben derzeit im Flüchtlingscamp Choucha nahe Ras al-Jedir in Tunesien unter schwierigen Bedingungen.*



**Harald Stutte**

**ist Politikwissenschaftler und Historiker, arbeitet als Redakteur beim Redaktionsnetzwerk Deutschland und ist Buchautor. Stutte bereiste vielfach die Nahostregion, den Iran und Russland.**

In diesem Artikel gibt der Autor seine persönliche Auffassung wieder.



**Historische Bildung zur  
Resilienzsteigerung**

# **Weimarer Republik: Mahnmal gegen Extremismus**

**Der Beitrag beleuchtet die Elemente und die Wirkungsweise der wehrhaften Demokratie in der Bundesrepublik in Abgrenzung zur Weimarer Republik – aber auch als Erbe und Übernahme aus der ersten deutschen Demokratie. Aufgegriffen wird die Frage: Warum konnte die Weimarer Republik nach nur 14 Jahren von ihren Feinden zerstört werden, während die Bundesrepublik 2024 ihren 75. Geburtstag feiern kann?**



↑ Von Anfang an unter Druck: Bereits am 13. März 1920 versuchte der konterrevolutionäre Kapp-Lüttwitz-Putsch mit der mehrere Tausend Mann starken 2. Marinebrigade unter dem Befehl von Korvettenkapitän Hermann Ehrhardt in Berlin, die junge Demokratie in die Knie zu zwingen.

von Michael Dreyer

**D**as Grundgesetz (GG) ist in seiner Entstehung wesentlich von drei Quellen beeinflusst worden: Zum einen von der deutschen Verfassungstradition, zweitens von der Abgrenzung gegenüber der Zeit des Nationalsozialismus, aber auch der Weimarer Republik, und drittens durch die Einflüsse der Alliierten. Die Verfassungstraditionen sind überall im Grundgesetz zu finden, beginnend mit dem parlamentarischen Regierungssystem, aber auch dem Bundesrat als Vertretung der Länder – eine Institution, die bis in das Mittel-

alter zurückgeht und die es in keinem anderen föderativen politischen System auf der Welt gibt. Zu den Einflüssen der Alliierten zählt etwa die Stärkung des Föderalismus.

Damit bleiben die Versuche, aus der Geschichte zu lernen – womit die Väter und Mütter des Grundgesetzes nicht etwa nur die NS-Herrschaft und ihre unzähligen Verbrechen gegen die Menschlichkeit meinten. Auch die Weimarer Republik und ihre vermeintliche Schwäche bei der Sicherung der

Demokratie gegen die Bedrohung durch ihre Feinde hatten die Abgeordneten im Auge. Dies führte zu mehreren wichtigen Neuerungen im Grundgesetz:

- Eine starke Stellung der Grundrechte als unmittelbar geltendes Recht und ihre Sicherung durch ein unabhängiges Bundesverfassungsgericht, an das sich auch jeder einzelne Bürger und jede einzelne Bürgerin mit einer Verfassungsbeschwerde direkt richten kann, ohne vorher einen langwierigen (und kostspieligen)

Instanzenweg durchlaufen zu müssen.

- Die Änderung im Verhältnis zwischen Bundeskanzler und Bundespräsident, wobei Letzterer, anders als in der Weimarer Republik, wesentlich auf repräsentative Funktionen beschränkt ist und auch nicht mehr direkt vom Volk gewählt wird.
- Das Konzept der „wehrhaften Demokratie“ (auch als „streitbare Demokratie“ bezeichnet), das dem demokratischen Rechtsstaat die Mittel in die Hand geben sollte, sich kraftvoll gegen die Feinde der Demokratie zur Wehr zu setzen.

### Politische Strukturen und die Resilienz des Grundgesetzes

Bereits die Grundstrukturen eines Verfassungssystems können bewusst

auf die Resilienz einer politischen Ordnung hin angelegt sein. Das gilt etwa für das Prinzip der Gewaltenteilung, sowohl horizontal zwischen Legislative, Exekutive und Judikative wie auch vertikal zwischen Bund und Ländern. Schon 1789 war dies bei der Gründung der USA ein zentrales Element der ältesten geschriebenen und heute noch gültigen Verfassung der Welt. Schon sie beinhaltet das ausdrückliche Ziel, durch die gegenseitige Hemmung und Kontrolle der politischen Gewalten zu verhindern, dass ein einzelner Akteur zu viel Macht anhäufen würde. Im Grundgesetz ist neben der Gewaltenteilung der offensichtlichste Versuch, die Verfassungsordnung zu sichern, der Artikel 79, Absatz 3 mit seiner sogenannten „Ewigkeitsklausel“, die Änderungen der Kernbestimmun-

gen der Verfassung verhindern soll. Eine Sicherung gegen eine erfolgreiche Revolution kann ein Verfassungsartikel nicht gewährleisten – sehr wohl aber kann er einer Umgestaltung der Demokratie zur Diktatur, wie es 1933 geschah, den Deckmantel scheinbarer Legalität nehmen. In diesen Kontext gehört auch Artikel 20, Absatz 4 des Grundgesetzes, der seit 1968 das Widerstandsrecht zum Teil der Verfassung macht. Allerdings nur, wenn alle anderen Mittel erschöpft sind und die demokratisch-rechtsstaatlichen Mechanismen nicht mehr funktionieren.

Für den Parlamentarischen Rat war die Stellung des Bundeskanzlers beziehungsweise der Bundeskanzlerin von zentraler Bedeutung, und wie die Protokolle der Reden im Plenum und im

Bereits die Grundstrukturen eines Verfassungssystems können bewusst auf die Resilienz einer politischen Ordnung hin angelegt sein.

↓ *Regierungsstruppen haben auf dem Brandenburger Tor neben der Siegesgöttin Viktoria und ihrer Quadriga Stellung bezogen.*





Der Politiker und Rechtslehrer Dr. Hugo Preuß gilt als der geistige Schöpfer der Weimarer Verfassung.

### „Wehrhafte Demokratie“ – ein Alleinstellungsmerkmal

Der Gedanke der wehrhaften Demokratie ist ein spezifisch deutscher Bestandteil der Demokratie. Bei Wikipedia gibt es zu diesem Begriff nur in zwölf verschiedenen Sprachen Artikel – die zudem lediglich darauf verweisen, dass dieser Begriff in Deutschland benutzt wird. Zum Vergleich: Für „Bundeswehr“ gibt es Artikel in 58 Sprachen, und „Bayern München“ taucht in 110 Sprachen auf ...

Zur wehrhaften Demokratie gehört eine Vielzahl von Handlungsoptionen. Die härteste politische Maßnahme ist sicherlich das mögliche Verbot von Parteien, die nach Programm oder Verhalten ihrer Anhänger „darauf ausgehen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen“ (Art 21, Absatz 2 GG). Der Antrag muss von der Bundesregierung, dem Bundestag oder dem Bundesrat gestellt werden, die Entscheidung fällt das Bundesverfassungsgericht. Die Begrenzung des Klagerechts auf die höchsten Organe des Staates unterstreicht den politischen Charakter dieses Verfahrens. 1952 wurde die Sozialistische Reichspartei (SRP), eine Nachfolgeorganisation der NSDAP, auf diesem Wege verboten und 1956 die Kommunistische Partei Deutschlands

Hauptausschuss des Parlamentarischen Rates zeigen, war man besonders stolz auf das konstruktive Misstrauensvotum – also die Bestimmung in Artikel 67 GG, die besagt, dass man einen Bundeskanzler nur dadurch im Bundestag stürzen kann, dass die Mehrheit der Mitglieder einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin wählt. Das war in der Tat eine völlig neue Idee, auch wenn man über ihre stabilitätssteigernde Wirkung streiten kann. Jedenfalls ist es nur zweimal angewendet worden; ohne Erfolg 1972 gegen Willy Brandt und erfolgreich 1982 gegen Helmut Schmidt. Ausführlich diskutiert wurde im Parlamentarischen Rat auch über die Richtlinienkompetenz des Kanzlers beziehungsweise der Kanzlerin, in der viele Abgeordnete ebenfalls einen stabilisierenden Faktor sahen. Ob dies auch in der Praxis so ist, kann gleichfalls bestritten werden. In Koalitionsregierungen (und andere hat es niemals gegeben in der Geschichte der Bundesrepublik) müssen die Regierungsparteien zu einer einvernehmlichen Einigung kommen, wenn die Koalition Bestand haben soll. Kürzliche Debatten über die Richtlinienkompetenz hatten vermutlich eher das Ziel, den kleineren

Koalitionspartnern gesichtswahrende (weil von der Verfassung gedeckte) Auswege zu bieten, aber nicht ein wirkliches „Machtwort“ des Kanzlers oder der Kanzlerin, welche die Macht in einer Koalition zwar rechtlich, aber nicht politisch haben.

Verfassungsartikel können zur Resilienz beitragen, aber die politische Praxis verlangt mehr als das. Dem Ziel, die Demokratie auch real abzusichern, dient das Konzept der wehrhaften Demokratie.



↑ Geordneter Übergang: Art 67 (1) GG besagt, dass der Bundestag dem Bundeskanzler oder der Bundeskanzlerin nur dadurch das Misstrauen aussprechen kann, indem die Mehrheit einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin wählt. So kam es 1982 zur Abwahl von Helmut Schmidt (SPD) und der Neuwahl von Helmut Kohl (CDU).



Die härteste politische Maßnahme ist sicherlich das mögliche Verbot von Parteien, die nach Programm oder Verhalten ihrer Anhänger „darauf ausgehen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen“ (Art 21, Absatz 2 GG).

↑ *Der Zug der bewaffneten Mitglieder des Spartakusbundes durch das Brandenburger Tor in Berlin während der Novemberrevolution 1918.*

(KPD). Zwei Verbotsanträge gegen die rechtsradikale NPD scheiterten dagegen – die Hürden für ein Parteiverbot sind sehr hoch, und sie müssen es in einer Demokratie auch sein, damit das Parteiverbot nicht selbst undemokratisch angewendet wird.

Auf individueller Ebene ist der Artikel 18 GG das Äquivalent hierzu. Wer Grundrechte missbraucht, kann sie nach einem entsprechenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts verlieren. Auch hier sind die Hürden sehr hoch, was man auch daran sieht, dass die nur vier Verfahren, die seit 1949 gemäß Artikel 18 angestrebt wurden, allesamt gescheitert sind.

Erneut lässt sich darüber diskutieren, wie effektiv die demokratischen Selbstschutzmaßnahmen in der Praxis tatsächlich sind – acht Verfahren in 75 Jahren, von denen sechs gescheitert sind, sprechen eher dagegen. Aber unterhalb dieser höchsten Verfassungsebene gibt es eine Vielzahl weiterer Möglichkeiten der wehrhaften Demokratie, die in der Praxis wesentlich häufiger angewendet werden.

So erlaubt das Vereinsrecht das Verbot verfassungsfeindlicher Vereine, wie es etwa bei rechten „Wehrsportgruppen“, aber auch bei islamistischen Vereinen durchgeführt wurde. Das Strafrecht untersagt verfassungsfeindliche Publikationen (Paragraf 93), terroristische Vereinigungen (Paragraf 129a) und Volksverhetzung (Paragraf 130). Bund und Länder verfügen über einen wirksamen Verfassungsschutz, und Artikel 33, Absatz 5 GG verpflichtet die Beamten und Beamtinnen auf die Treue der Verfassung. Selbst die Freiheit von Wissenschaft und Kunst „entbindet nicht von der Treue zur Verfassung“ (Artikel 5, Absatz 3 GG). Alle diese Bestimmungen dienen dem Schutz von Demokratie und Rechtsstaat. Aber zunächst einmal stehen sie nur auf dem Papier. In der Praxis müssen sie mit Leben gefüllt werden.



↑ Das Bundesverfassungsgericht verbietet am 23. Oktober 1952 die SRP, die Sozialistische Reichspartei, nach Artikel 21, Abs. 2 GG. Die Partei orientierte sich stark an der NSDAP und forderte z. B. eine Lösung der „Judenfrage“.

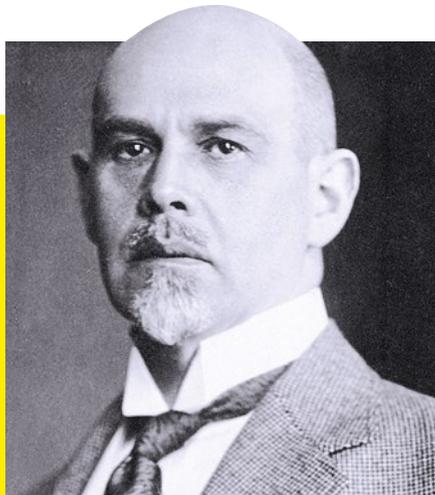
### „Bonn ist nicht Weimar“ – wirklich nicht?

1956 veröffentlichte der angesehene Schweizer Journalist Fritz René Allemann ein Buch mit dem Titel „Bonn ist nicht Weimar“, in dem er der damals noch jungen Bundesrepublik bescheinigte, die „Fehler“ der Weimarer Republik (und Reichsverfassung) vermieden zu haben und auf dem besten Weg zu einer stabilen Demokratie zu sein. Der Buchtitel wurde zum geflügelten Wort, das scheinbar alles zusammenfasste, was man aus der Geschichte gelernt hatte und nunmehr besser machte.

Und in der Tat war das Ziel, aus der Geschichte zu lernen, in der Gründungsphase der Bundesrepublik gleichsam mit Händen zu greifen. Die meisten Mitglieder des Parlamentarischen Rates waren auch schon in der Weimarer Republik politisch aktiv gewesen, viele von ihnen als Mitglieder des Reichstags oder der Landesparlamente oder gar als Minister.

Das Bedürfnis der Abgrenzung von den damaligen „Fehlern“ war hoch.

Aber entspricht es auch der Realität? Die neuere Forschung hat dieses Narrativ durchaus in Frage gestellt. Die Grundstrukturen unserer heutigen Verfassungsordnung entsprechen in vielen Aspekten denen Weimars – das parlamentarische Regierungssystem und der Föderalismus wurden eingangs bereits erwähnt. Viele Verfassungsbestimmungen wurden direkt aus der Weimarer Reichsverfassung (WRV) übernommen. So findet sich etwa die Richtlinienkompetenz des Kanzlers und der Kanzlerin nach Artikel 65 GG praktisch wortgleich bereits in Artikel 55 WRV. Ähnlich sieht es bei den Bestimmungen aus, die die wehrhafte Demokratie ausmachen. Bei genauer Betrachtung finden sich praktisch alle bereits in Weimar, und zwar nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis. Parteienverbote



↑ Dr. Walter Rathenau schloss mit Sowjetrussland 1922 den Vertrag von Rapallo. Er wurde im selben Jahr durch die rechtsextreme Geheimorganisation Consul ermordet, deren Hintermänner aus der Schwerindustrie kamen.



Festakt zur Eröffnung des Parlamentarischen Rates am 1. September 1948 im Alexander-Koenig-Museum in Bonn.

waren in Weimar deutlich einfacher als nach dem Grundgesetz, und nach dem Hitler-Putsch 1923 wurden diese Mittel auch gegen die NSDAP, ihre Unterorganisationen und ihre Zeitungen sehr erfolgreich angewendet. Das Republikenschutzgesetz, das bereits 1922 nach der Ermordung des Reichsaußenministers Walther Rathenau erlassen wurde, enthielt weitreichende und drastische Möglichkeiten, die Demokratie gegen ihre Feinde zu verteidigen. Selbst der Begriff der „wehrhaften Demokratie“ wurde bereits in Weimar verwendet. Und trotzdem: die Weimarer Republik wurde nach nur 14 Jahren von ihren Feinden zerstört, während die Bundesrepublik inzwischen ihren 75. Geburtstag feiern konnte. Tatsächlich gehört unsere demokratische Verfassung inzwischen zu den älteren Verfassungen der Welt. Was „läuft“ also in der zweiten deutschen Demokratie besser als in der ersten?

### Das Grundgesetz – auf „Ewigkeit“ angelegt?

In seiner kleinen Schrift „Zum ewigen Frieden“ von 1795 bemerkte Immanuel Kant, dessen 300. Geburtstag wir 2024 begangen haben, dass der Frieden kein Naturzustand sei, sondern der des Krieges. Und dann folgen die Worte: Der Frieden „muss also gestiftet werden“. Gleiches gilt für die Demokratie. Auch sie ist, wie der Frieden, eine komplexe politische Form. Krieg und Diktatur sind

viel „einfacher“ – aber eben auch mörderisch. Eine Demokratie muss gleichfalls „gestiftet“ werden, und zwar immer wieder. Dazu gehört eine Verfassung, die den Schutz der Demokratie ermöglicht, vor allem aber auch Demokraten und Demokratinnen, die dies auch umsetzen, und zwar sowohl im Volk wie in seinen Eliten. Und hier liegt ein zentraler Unterschied zur Weimarer Republik, und zugleich der Kern der heutigen wehrhaften Demokratie. Nach 75 Jahren gelebter Demokratie sind die Prinzipien des liberaldemokratischen Rechtsstaates fest verankert. In der Weimarer Republik waren erhebliche Teile der Politik, Justiz,

**„Eine Demokratie muss gleichfalls ‚gestiftet‘ werden, und zwar immer wieder.“**

*Immanuel Kant, 1724–1894,  
Philosoph der Aufklärung*

Verwaltung, Militär, Wissenschaft und Kultur prinzipielle Feinde der Demokratie. Auch heute gibt es solche Feinde, aber sie sind die Ausnahme.

Ein Ereignis wie der Kapp-Lüttwitz-Putsch von 1920 wäre heute undenkbar. Im März 1920 marschierte General Walther von Lüttwitz mit einer militärischen Eliteeinheit nach Berlin, um die legitime Reichsregierung zu stürzen. Nach wenigen Tagen brach der Putsch zusammen – heute gibt es in der Bundeswehr mit hoher Sicherheit keinen General wie Lüttwitz, und wenn es ihn gäbe, würden ihm seine Soldaten und Soldatinnen nicht folgen.

Und zum Teil haben wir auch (bislang!) einfach Glück gehabt. Allein im Jahr 1923 wurde die Weimarer Republik von der Ruhrbesetzung, der galoppierenden

Inflation, dem Hitler-Putsch und kommunistischen Putschversuchen erschüttert. Alle diese Krisen wurden gemeistert. Die Bundesrepublik hat in 75 Jahren keine einzige Krise dieser Größenordnung bewältigen müssen. Zur wehrhaften Demokratie gehören gute und resiliente Institutionen, aber vor allem gehören dazu Demokraten und Demokratinnen, die in allen Teilen einer pluralistischen und komplexen Gesellschaft für die Demokratie eintreten und sie im Alltag leben. Solange dies der Fall ist, kann auch eine komplizierte Staatsform wie die Demokratie dauerhaft bestehen.

## Lesetipps:

**Dreyer Michael (2009):**  
**Weimar als ‚wehrhafte Demokratie‘ – ein unterschätztes Vorbild, in: Michael Schulte-HeiB (Hrsg.), Die Weimarer Verfassung – Wert und Wirkung für die Demokratie, Erfurt 2009, 161–189**

→ <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/erfurt/06868.pdf>

**Jaschke Hans-Gerd (2006):**  
**Streitbare Demokratie**

→ <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/41891/streitbare-demokratie/>

**Niclauß Karl-Heinz:**  
**Der Weg zum Grundgesetz. Demokratiegründung in Westdeutschland 1945–1949, Paderborn etc. 1998**



**Prof. Dr. Michael Dreyer**

ist Politikwissenschaftler und Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Außerdem ist er Vorsitzender des Weimarer Republik e. V. Frühere Positionen hatte er inne an der Universität Mainz, an der Northwestern University (Evanston, IL, USA) und an der Harvard University (Cambridge, MA, USA).

*Die Weimarer Republik musste sich von Anfang an gegen eine Vielzahl von politischen Krisen, wie etwa die Besetzung des Ruhrgebietes, behaupten.*



## Der 20. Juli 1944 und die „Wiederherstellung der Majestät des Rechts“

# Wider- stand

**Für einen Systemwechsel nach einem möglichen Sturz der NS-Diktatur brauchte es eine breite Zusammenarbeit von Widerständischen zur Ausfüllung des dadurch entstehenden Machtvakuum. Deswegen fanden sich in der Gruppe, die sich schließlich zur Tat am 20. Juli 1944 durchrang, Menschen aus einem weiten Spektrum von links bis rechts aus der Politik, den Gewerkschaften, Kirchen und nicht zuletzt dem Militär.**

von John Zimmermann

**W**er in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf – so lautet ein wohlbekanntes Zitat, dessen Ursprung zwar nicht klar zuzuordnen ist, dessen Aussage aber passgenau die Erfahrung aus der deutschen Geschichte mit dem verbrecherischen Nationalsozialismus widerspiegelt. Es brauchte noch nicht einmal eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung, die Hitler und seine Helfershelfer aktiv gewählt hatte. Obwohl er bereits am 30. Januar 1933 durch den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt worden war, erreichte seine NSDAP bei

den nicht mehr ganz so freien Wahlen am 5. März 1933 „nur“ 43,9 Prozent.

Sehr viel entscheidender war also, dass mit deutlicher Mehrheit seinerzeit Parteien gewählt wurden, die eine freiheitliche Demokratie zumindest nicht verteidigten. Am Ende tat dies nur noch die SPD, die als einzige Partei im Reichstag am 23. März 1933 gegen das „Ermächtigungsgesetz“ stimmte, mit dem die Gewaltenteilung durchbrochen wurde: Die Regierung konnte fortan Gesetze einbringen und ohne Zustimmung des Parlamentes verabschieden.

Zusammen mit der „Reichstagsbrandverordnung“ vom 28. Februar 1933, mit der bereits die Grundrechte der Verfassung außer Kraft gesetzt worden waren, gilt das „Ermächtigungsgesetz“ heute als rechtliche Hauptgrundlage der nationalsozialistischen Diktatur.

Auf dieser Basis vollzog sich fortan ein Prozess der Gleichschaltung, der am 31. März und 7. April 1933 auch gesetzlich verankert und von weiteren Verordnungen flankiert wurde. Binnen eines Jahres war die freie demokratische Gesellschaft der Weimarer Republik



Foto: picture alliance/akg-images



←  
*Dass die Grundrechte der Deutschen, wie etwa die Meinungsfreiheit, 1933 teilweise begeistert aufgegeben und gegen eine Diktatur eingetauscht worden waren, wurde erst viel zu spät als Wurzel allen Übels erkannt.*

vernichtet und an ihrer Stelle die nationalsozialistische Diktatur installiert worden. Diese terrorisierte und ermordete nicht nur die zu ihren Gegnern Erklärten in Deutschland, sondern stürzte die Welt sechs Jahre später auch in den bislang umfassendsten Krieg der Menschheitsgeschichte: Mehr als 60 Staaten waren direkt oder indirekt an ihm beteiligt, 110 Millionen Menschen standen unter Waffen und etwa 80 Millionen verloren ihr Leben.

Diese Entwicklung war alles andere als überraschend: Die Nationalsozialisten hatten nie einen Hehl daraus gemacht, wie sie die Macht im Staate zu nutzen gedachten, so man sie ihnen gäbe – das Parteiprogramm war hier sehr deutlich, und noch prägnanter gestaltete Hitler seine öffentlichen Auftritte. Sein Propagandapamphlet „Mein Kampf“, 1925

veröffentlicht, wurde breit diskutiert. Sein Verkauf boomte vor allem ab 1930, und auch in Bibliotheken war der Band durchaus gefragt: Alleine im Jahr 1933 verkaufte es sich über 800.000 Mal, bis zum Ende des Regimes lag die Gesamtauflage schließlich bei fast elf Millionen.

Alle, die es wissen wollten, konnten also wissen, was geschehen würde, setzten sich jedoch aus den unterschiedlichsten Gründen nicht damit auseinander oder ignorierten es – die einen stimmten mit der Programmatik der Nationalsozialisten gänzlich oder in Teilen überein, die anderen meinten, so schlimm würde es schon nicht werden – und die allermeisten waren mit der Demokratie einfach nicht zurechtgekommen. Wenn man zur ausgerufenen „Volksgemeinschaft“ gehörte, profitierte man außerdem – nicht zuletzt von der Ausgrenzung und

Ausplünderung der Nachbarinnen und Nachbarn, weil sie jüdisch, Sinti oder Roma, sozialdemokratisch, kommunistisch, sexuell nicht heteronormativ aufgestellt, körperlich oder geistig gehandicapt oder aus anderen Gründen nicht erwünscht waren. Dass diese Menschen verfolgt, in den Untergrund gezwungen oder in Konzentrationslager verschleppt, gefoltert oder gar ermordet wurden, übersah die Mehrheitsbevölkerung geflissentlich ebenso wie die Tatsache, dass der zeitgleiche wirtschaftliche Boom alleine den Kriegsvorbereitungen geschuldet war.

Viel zu viele verehrten Hitler bis zum Schluss und darüber hinaus. Noch mehr arrangierten sich mit dem Regime und



## Widerstandsgruppen wie der von der Gestapo unter dem Namen „Rote Kapelle“ zusammengefassten gehörten dabei auch Soldaten an.



↑ Gesichter des Widerstandes (von links): Arvid Harnack, Volkswirtschaftler und Leiter der Bewegung „Rote Kapelle“, seine Ehefrau Mildred Harnack, Schriftsteller Adam Kuckhoff und Luftwaffen-Offizier Harro Schulze-Boysen

machten sich dadurch gemein mit den Verbrechern sowie mitverantwortlich für die Verbrechen, an denen sich etliche beteiligten oder in die sie verstrickt wurden. Widerstand leistete nur eine verschwindend geringe Minderheit aus den unterschiedlichsten Motiven heraus und organisiert in kleinen Zirkeln, die jedoch keine breitere Basis fanden. Widerstandsgruppen wie der von der Gestapo unter dem Namen „Rote Kapelle“ zusammengefassten gehörten dabei auch Soldaten an. Letzten Endes verfügten sie nicht über die Machtmittel, eine wesentliche Änderung des Systems herbeizuführen.

### Der 20. Juli 1944

Heute wissen wir von etwa 42 Anschlägen auf Hitler, freilich nicht ausschließlich von Militärs, mit dem Ziel, durch die Ausschaltung des Diktators das Regime zum Einsturz zu bringen. Vor allem für einen Systemwechsel brauchte es eine breitere Zusammenarbeit von Widerständischen zur Ausfüllung des dadurch entstehenden Machtvakuum.

Deswegen fanden sich in der Gruppe, die sich schließlich zur Tat am 20. Juli 1944 durchrang, Menschen aus einem weiten Spektrum von links bis rechts aus der Politik, den Gewerkschaften, Kirchen und nicht zuletzt dem Militär. Soldaten kamen nicht nur nah genug an Hitler heran, sondern verfügten eben auch über eine Organisation, die es erlaubte, die dann eroberte Macht im Staat zu behalten.

Weil das Attentat scheiterte und auch der Staatsstreich misslang, wurde der Krieg fortgesetzt und kostete in seinem letzten Jahr allein auf deutscher Seite noch einmal fast so vielen Soldaten das Leben wie in all den Kriegsjahren zuvor zusammengerechnet – zuzüglich der Toten der Anti-Hitler-Koalition und den Opfern der Luftangriffe sowie den durch die zunehmend eskalierende deutsche Terrormaschinerie Ermordeten. Zu Letzteren gehörten auch



Seite 62, Fotos: picture alliance/alg-images, Süddeutsche Zeitung Photo/Scherf  
Seite 63, Fotos: picture alliance/alg-images, picture-alliance/dpa/dpa illus, picture alliance/ullstein bild (2)





## Die Truppensteller

Erwin von Witzleben  
Paul von Hase



Für das Gelingen des Staatsstreichs war die Mitwirkung hoher Truppenführer mit Befehls- und Kommandoergewissung erforderlich. Sie mussten mit ihren Soldaten die Kontrolle über das Berliner Regierungsviertel übernehmen sowie die SS und andere regimetreue Einheiten entwaffnen. In dieser Hinsicht sah es 1934 für die Verschwörer erhellend aus, weil ihnen damals mit Erwin von Witzleben der Kommandierende General des Berliner Wehrkreises in seinen Truppenbinden für ein Staatsstreich zur Verfügung stand. Am 20. Juli 1944 stand zwar der Stadtkommandant von Berlin, Generalleutnant Paul von Hase, auf der Seite der Verschwörer, doch gebot er über relativ wenige und überdies nicht unbedingt zuverlässige Truppen.



## Die Macher

Hans Oster  
Claus Schenk Graf von Stauffenberg



Im neu Staatsstreich vorzubereiten, bedurfte es nicht bloß Wagemut und Entschlossenheit, sondern auch organisatorischer Fertigkeit und Tatkraft. Diese Qualitäten eines „Machers“ besaßen nicht viele Verschwörer. Zweifellos im neuen Fundamentallager der „Jugend“ von Hans Oster zu finden, der schon 1938 fast zehn Jahre lang war. Oster und sein Vorgesetzter mit über 1000 Mann. Nach der Entlassung von Oster im Frühjahr 1944 suchte auch Henning von Tresckow die Hilfe eines „Machers“ für die Verschwörung aufzufinden. Eine solche militärische Persönlichkeit gab es nicht. Man gab es nicht. In der Tat ist schließlich die Hilfe Claus Schenk Graf von Stauffenbergs überlassen, zum ersten Mal der Verschwörung zu werden. In der Zeit von Stauffenbergs Verhandlung mit der Tatkraft des Regimes auf dem Hof des Königs.

## tützer



## Die Truppenführer



## Die Macher





**„Das Attentat muss erfolgen, coûte que coûte [koste es, was es wolle; J.Z.]. Sollte es nicht gelingen, so muss trotzdem in Berlin gehandelt werden. Denn es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, dass die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte unter Einsatz des Lebens den entscheidenden Wurf gewagt hat.“**

*Henning von Tresckow, Offizier und Widerstandskämpfer*

etwa 200 derer, die den Versuch des Staatsstreiches gewagt hatten, und die Überlebenden galten nicht wenigen als Verräter – durchaus bis weit über das Ende des „Dritten Reiches“ hinaus.

Dass es bei einem Scheitern so kommen würde, war vor allem Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg selbst klar: „Es ist Zeit, dass jetzt etwas getan wird. Derjenige allerdings, der etwas zu tun wagt, muss sich bewusst sein, dass er wohl als Verräter in die deutsche Geschichte eingehen wird. Unterlässt er jedoch die Tat, dann wäre er ein Verräter an seinem Gewissen.“ Generalmajor Henning von Tresckow, neben Stauffenberg die zentrale Persönlichkeit des militärischen Widerstandes, hatte ihm noch kurz vor der Tat im Juli 1944 geschrieben: „Das Attentat muss erfolgen, coûte que coûte [koste es, was es wolle; J.Z.]. Sollte es nicht gelingen, so muss trotzdem in Berlin gehandelt werden. Denn es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, dass die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte unter Einsatz des Lebens den entscheidenden Wurf gewagt hat. Alles andere ist daneben gleichgültig.“ Beide hatten seinerzeit einen langen Weg hinter sich – von der Verehrung

für Hitler und den Nationalsozialismus seit Ende der 1920er-Jahre bis zu jenem Tag. Nicht wenige der Männer und Frauen des 20. Juli 1944 dienten dem Regime bis dahin treu, einige waren sogar an Verbrechen beteiligt oder in sie verstrickt. Etliche fanden den Weg in den Widerstand erst, nachdem sie die Verbrechen- und Vernichtungspraxis unmittelbar miterlebt hatten. Das war bei Stauffenberg nicht anders. Wie viele seiner Mitverschworenen war auch er kein Anhänger der parlamentarischen Demokratie. Was sie seinerzeit einte, waren der Wunsch nach der Beendigung des Krieges und des Holocaust sowie der Wiederherstellung des Rechtsstaates. Dass man die „Majestät des Rechts“, wie sie es nannten, 1933 nahezu kampflos, teilweise sogar begeistert aufgegeben und gegen eine Diktatur eingetauscht hatte, wurde viel zu spät als Wurzel allen Übels erkannt.

#### **Die Lehren**

Hans Mommsen, einer der wichtigsten bundesdeutschen Historiker, meinte Ende der 1990er-Jahre pointiert, das seinerzeitige Problem seien nicht die 100-prozentigen Nazis gewesen, sondern die Millionen zählenden 25- bis 50-prozentigen – diejenigen, die nicht alles teilten, aber doch sehr vieles. Es

waren also die „ganz normalen Deutschen“, die das Regime stützten und seine Maßnahmen exekutierten. Sich dagegen aufzulehnen, fiel entsprechend schwer und führte zu Ausgrenzung und Verfolgung. Die Bevölkerungsmehrheit hatte tatsächlich in der Demokratie geschlafen und war in der Diktatur aufgewacht. Schließlich mussten sich Widerständische zum Tyrannenmord und



↑ Auch das Ende des Holocaust war ein erklärtes Ziel des deutschen Widerstandes.



↑ Reichsmarschall Hermann Göring (helle Uniform) und den Chef der „Kanzlei des Führers“, Martin Bormann (l.), bei der Besichtigung der Zerstörung im Raum der Karten-Baracke im Führerhauptquartier Rastenburg, wo Oberst Stauffenberg am 20. Juli 1944 eine Sprengladung zündete, mit der Absicht Hitler, zu töten.

zum Putsch durchringen, zu brutaler Gewalt also, um gegen das verbrecherische Regime vorzugehen. Die bundesrepublikanische Gesellschaft brauchte dennoch etwa zwei Jahrzehnte, um aus all dem insoweit zu lernen, als in unserer Verfassung auch deswegen die wehrhafte Demokratie verankert wurde – mitsamt dem individuellen Recht auf Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht mehr möglich ist (Art. 20 Abs. 4 GG). Dadurch soll verhindert werden, dass sich Vereinigungen oder Parteien, die unsere freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnen und bekämpfen, unter pervertierter Ausnutzung der demokratischen Spielregeln die Macht erobern. Freilich braucht es dennoch Menschen, die unsere freie Gesellschaft und gemeinsamen Werte verteidigen. Die Werteordnung des Grundgesetzes

ist kein abstraktes Konstrukt, sondern die Grundlage für unser Zusammenleben in Respekt und Wertschätzung.

Um dies im Dienstbetrieb zu verankern, hat sich die Bundeswehr dem Konzept der Inneren Führung verschrieben mit seinem Kern des Staatsbürgers und der Staatsbürgerin in Uniform. Gerade deswegen – auch dies eine Lehre aus den Erfahrungen mit dem Dritten Reich – sind Soldatinnen und Soldaten am Ende nur einem verpflichtet: ihrem Gewissen. Dafür braucht es einen klaren Wertekompass, der auf der freiheitlichen demokratischen Grundordnung basiert, und dazu gehört nicht zuletzt die Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit. Noch sehr viel weniger als unsere (Ur-) Großelterngeneration werden wir behaupten dürfen, wir

hätten nicht wissen können, wohin die Vernichtung von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten führt.



**Oberstleutnant  
Dr. John Zimmermann**

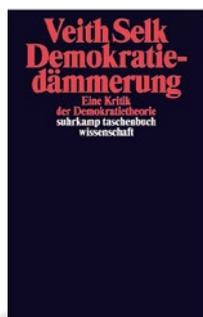
ist Leiter des Forschungsbereichs Deutsche Militärgeschichte bis 1945 am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam (ZMSBw). Von 2018 bis 2019 war er Referent bei den Wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestages in Berlin.

In diesem Artikel gibt der Autor seine persönliche Auffassung wieder.

# Buch- und Onlinetipps

## Demokratiedämmerung. Eine Kritik der Demokratietheorie

Das viel diskutierte Buch ist mehr als eine der gängigen Krisendiagnosen. Die Analyse ist durchdringender, das Urteil düsterer. Drei Ursachen macht Selk für die „Devolution“ der Demokratie aus: 1. Eine umfassende Politisierung: Alle Lebensbereiche sind Konfliktfeld; 2. Steigende Komplexität und Differenzierung: Die Welt wird „unlesbar“, politische Gestaltung verstrickt sich in Widersprüchen; 3. Wachsende Ungleichheit: Das demokratische Wohlstandsversprechen scheitert, es gibt zu viele Verlierer. Selk identifiziert drei Reaktionsformen des politischen Systems: 1. Der Rechtspopulismus verspricht klare Fronten und einfache Antworten; 2. Experten beanspruchen, die Probleme besser und ohne die unwissenden Bürger zu lösen; 3. Neue Modelle der Beteiligung von Bürgern an politischen Entscheidungen mobilisieren nur die Eliten und steigern die Ungleichheit. Einen Ausweg zeigt Selk nicht auf, gerade das aber macht den „Hallo wach“-Effekt des Buches aus.



Nur wer sich keine Illusionen macht, so die Botschaft, kann realistische Strategien für eine lebendige Demokratie entwickeln. (rm)

**Veith Selk**  
**Suhrkamp 2023**  
**336 Seiten**  
**ISBN: 978-3-518-30017-6**  
**Preis: 23,00 €**

## Deutsche Krieger Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte

**Sönke Neitzel**  
**Propyläen Verlag, 2020**  
**816 Seiten**  
**ISBN: 978-3-549-07647-7**  
**Preis: 35,00 €**



Das Verhältnis der Deutschen zu ihrem Militär war in der jüngeren Geschichte großen Schwankungen ausgesetzt. Ob Reichswehr, Wehrmacht oder Bundeswehr – immer spielten die Menschen in Uniform eine ganz außergewöhnliche Rolle in der Gesellschaft. Und doch: Ein Leutnant des Kaiserreichs, ein Offizier der Wehrmacht und ein Zugführer der Task Force Kunduz des Jahres 2010 haben mehr gemeinsam, als wir glauben. Zu diesem Schluss kommt Sönke Neitzel, der die deutsche „Kriegerkultur“ in seinem Buch in all ihren Facetten untersucht. Die Welt der Soldaten mit ihren Begriffen wie Tapferkeit, Gehorsam, Kameradschaft oder auch Innerer Führung lässt die Frage aufkommen, in welcher Tradition deutsche Soldaten stehen. Professor Sönke Neitzel hat seit 2015 den deutschlandweit einzigen Lehrstuhl für Militärgeschichte/Kulturgeschichte der Gewalt am Historischen Institut der Universität Potsdam inne – und auf viele Fragen Antworten. (mes)

## Deutschland der Extreme Wie Thüringen die Demokratie herausfordert

Die anstehenden Wahlen in den drei neuen Bundesländern Sachsen, Brandenburg und Thüringen im Herbst könnten zum bislang größten Härtetest der bundesrepublikanischen Demokratie werden – davon ist Journalist Martin Debes („Stern“) überzeugt. Auch in seiner Thüringer Heimat könnte die Alternative für Deutschland erstmals die stärkste Fraktion im Landtag werden. Es wäre, so der Autor, eine Fortsetzung einer Politik

der Extreme, für die Thüringen wie kaum ein zweites Bundesland nach 1990 steht. Warum das so ist, erfährt der Leser in einem wilden Ritt durch die jüngere und frühere Geschichte. Wie mit einem Kameraobjektiv zoomt Debes dabei immer wieder ganz nah an einzelne Vorgänge und handelnde Personen heran, featured an, porträtiert,

ordnet in den Gesamtkontext ein. Die entstandene Collage ist wissens- und lesenswert geraten – nicht nur für Thüringer. (mbo)



**Martin Debes**  
**Ch. Links Verlag, 2024**  
**280 Seiten**  
**ISBN: 978-3-96289-213-5**  
**Preis: 20,00 €**

## Nie wieder? Schon wieder! Alter und neuer Antisemitismus

Zum 85. Jahrestag der Reichspogromnacht sollte Publizist Michael Wolffsohn, Nachfahre einer der Shoa-entkommenen Kaufmannsfamilie, vor dem Berliner Abgeordnetenhaus sprechen. Von der Rede existieren zwei Versionen – eine vor und eine nach dem Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023. Beide haben Eingang gefunden in seine Streitschrift „Nie wieder? Schon wieder!“, mit der er auf zornige Weise gegen den neu entflammten Antisemitismus in Deutschland anschreibt.

Tatsächlich habe dieser längst wieder eine Eintrittskarte in die europäische Gesellschaft, konstatiert er. Der Grund: Viel zu lang seien Hass und Hetze aus dem linksextremistischen und dem „neudeutschen“, islamistischen Lager verharmlost worden. Haben Juden und Jüdinnen also keine Zukunft mehr in der Republik? Doch! Dafür brauche es aber wenigstens funktionale Toleranz, leben und leben lassen,

selbst wenn einem der Lebensstil des anderen nicht behagt. Für die Lesenden als hilfreich erweist sich der Schlussteil des schmalen Bandes, in dem Wolffsohn verschiedene Begrifflichkeiten schärft und ihrer fehlerhaften Verwendung vorbeugt. (mbo)

**Michael Wolffsohn**  
Herder Verlag, 2023  
96 Seiten  
ISBN: 978-3-451-07239-0  
Preis: 12,00 €



## Der Warschauer Aufstand 1944

**Stephan Lehnstaedt**  
Reclam, 2024  
160 Seiten  
ISBN: 978-3-15-011483-4  
Preis: 18,00 €

Als die Front der Deutschen Wehrmacht im Sommer 1944 unter dem Ansturm der Roten Armee östlich von Warschau zu kollabieren droht, sieht die polnische Exilregierung in London die Zeit gekommen: Am 1. August ergeht der Befehl und Verbände der Armia Krajowa starten den Aufstand zur Rückeroberung der polnischen Hauptstadt. Ein Erfolg gegen die Besatzer aus eigener Kraft soll die Verhandlungsposition der Polen gegenüber den Alliierten nach Kriegsende stärken, so die Absicht. Doch der beherzte Griff nach der Freiheit scheitert – auch durch das Nichteingreifen der Russen – und endet in einem der schlimmsten Massaker der Waffen-SS während des Zweiten Weltkrieges. Die von Stephan Lehnstaedt zum Jahrestag vorgelegte Zusammenfassung der Geschehnisse präsentiert sich vorbildlich strukturiert, mit umfänglichem Bild- und Kartenmaterial unterfüttert und bleibt dabei – auch dank der vielen vom Haupttext abgegrenzten Exkurse über die handelnden Figuren und Nebenschauplätze – bis zur letzten Seite lesenswert. (mbo)

## Die Welt von morgen Ein souveränes demokratisches Europa – und seine Feinde

Robert Menasse ist ein leidenschaftlicher Europäer – nicht erst seit der Auszeichnung mit dem Europäischen Buchpreis 2023. In seinem jüngsten Werk „Die Welt von morgen“ setzt er sich auf essayistische Weise mit dem europäischen Einigungsprozess und dessen Feinden auseinander. Als Bedrohung Nummer eins für ein souveränes und demokratisches Europa identifiziert er den wieder erstarkten Nationalismus in den Mitgliedsstaaten. Populismus, Protektionismus oder aber Vetos im Europäischen Rat, die einzig und allein innenpolitischem Kalkül folgen, machen den gebürtigen Wiener rasend, schreien die transnationalen Krisen unserer Zeit doch mehr denn je nach einem geeinten, nachnationalen Europa. Das ist im Prinzip auch schon die Kernaussage des 192 Seiten langen Manifestes. Ergänzt wird dies um Menasses Blick auf das aus seiner Sicht unlogische System der Europawahlen, die Dekonstruktion einer Reihe viel zitierte Begriffe („Nettozahler“) und eine Analyse der aktuellen Schiefelage innerhalb der Gremienarchitektur der EU. (mbo)



**Robert Menasse**  
Suhrkamp 2024  
192 Seiten  
ISBN: 978-3-518-43165-8  
Preis: 23,00 €

## IMPRESSUM

### IF - Zeitschrift für Innere Führung

69. Jahrgang

Die Zeitschrift für Innere Führung wurde 1956 als IFDT (Information für die Truppe) gegründet.

### Herausgeber

Kommandeur des Zentrums Innere Führung (ZInFu)

### Redaktion

Chefredakteurin: Verena Heep (hee)

Chef vom Dienst: Christopher Steiger (cst)

Redakteure: Martin Boldt (mbo), Peter Messner (mes)

Art-Direktorin: Dagmar Hentschel

Mitwirkende an dieser Ausgabe: Uwe Brammer (ub),

Dr. Roger Mielke (rm)

### Redaktionsanschrift

IF - Zeitschrift für Innere Führung

Zentrum Innere Führung

Abteilung Im Dialog

General Ulrich de Maizière - Campus

Von-Witzleben-Straße 17, 56076 Koblenz

Telefon 0261 - 579420 - 5572

E-Mail: ZInFuImDialogIF@bundeswehr.org

Homepage: [www.zentruminnerefuehrung.de](http://www.zentruminnerefuehrung.de)

### Bildredaktion

Dagmar Hentschel, Till Rimmele

### Lektorat

Coralie Brandt

### Layout & Design

IDEENHAUS GmbH MARKEN.WERT.STIL

Mühlgasse 17, 90403 Nürnberg

Sabine Kropf, Marcel Olek, Ralf Brendjes,

Michael Zimmermann

### Vertrieb

Streitkräfteamt (SKA) Mediendisposition

SKAMediendisposition@bundeswehr.org

### Druck

Kern GmbH

Auflage: 18.000

### Hinweis

Mit Namen oder Initialen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Texte und Illustrationen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdrucke, auch auszugsweise, fotomechanische Wiedergabe und Übersetzung sind nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch die Redaktion und mit Quellenangaben erlaubt. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Vervielfältigungen auf Datenträger. Wir betonen ausdrücklich, keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte derjenigen Seiten zu haben, auf die in unserer Zeitschrift durch Angabe eines Links verwiesen wird. Deshalb übernehmen wir keine Verantwortung für die Inhalte aller durch Angabe einer Linkadresse in unserer Zeitschrift genannten Seiten und deren Unterseiten und machen uns deren Inhalt nicht zu eigen. Diese Erklärung gilt für alle durch uns ausgewählten und angebotenen Links und für alle Seiteninhalte, zu denen Links oder Banner führen. Für Preisangaben in Artikeln: keine Gewähr.

**Einheiten, Verbände und Dienststellen, die die IF beziehen möchten oder zusätzliche Exemplare wünschen, wenden sich zur Anforderung bitte an ihre zuständige Post- oder DV-Stelle.**

### Redaktionsschluss:

11. Juni 2024



## Militär & Macht – Die Analyse



Seit Beginn der russischen Invasion in der Ukraine im Februar 2022 analysiert die ZDF heute-Redaktion regelmäßig die militärische Lage – aktuell und hintergründig mit Experten und Reportern vor Ort. Inzwischen gibt es diese Analysen auch als wöchentlichen, rund 30 Minuten langen Podcast zum Anhören, der immer freitags auf den wichtigsten Streaming-Plattformen veröffentlicht wird. Angesichts der wachsenden Kriegsmüdigkeit, die sich im dritten Jahr des Konfliktes selbst unter den interessiertesten Beobachtern breitzumachen droht, zweifelsohne ein wichtiges Angebot. Es sorgt für frischen Wind – vor allem für jene, die es nicht täglich nach einem Newsupdate dürstet. Alle Folgen basieren auf den „ZDF heute live“-Sendungen auf dem

Portal YouTube, bei denen insbesondere die Fragen der User im Mittelpunkt stehen. Die Moderatoren der einzelnen Folgen wechseln ebenso häufig wie die zu Wort kommenden Experten aus Militär und Politik. (mbo)

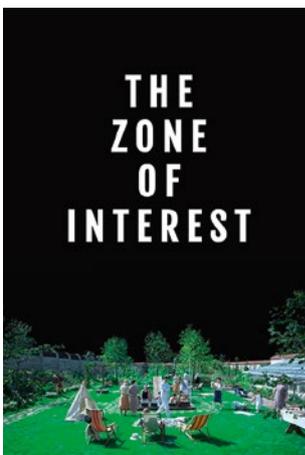


## The Zone of Interest Das Idyll im Horror des Holocaust



Nicht nur sprichwörtlich, sondern auch tatsächlich: Lediglich ein Steinwurf trennt in Jonathan Glazers „The Zone of Interest“ Himmel und Hölle. Auf der einen Seite der Mauer ein Gartenidyll mit selbst gezimmertem Pool und plan-schenden Kindern, auf der anderen Seite Tod und Leid des Konzentrationslagers Auschwitz. Seine verstörende Kraft bezieht der mit zwei Academy Awards ausgezeichnete Film

dabei durch das, was nicht zu sehen, sehr wohl aber zu hören ist: Hundegebell, Pistolenschüsse, hasserfülltes Brüllen. Die Herrenmenschen vor der Mauer scheint dies indes nicht zu tangieren. Während Christian Friedel als Lagerkommandant Rudolf Höß die Endlösung der Judenfrage als logistische Meisteraufgabe annimmt und in raren Pausen im Kanu dahinschippert, verwirklicht sich seine Frau Hedwig (beängstigend abgestumpft: Sandra Hüller) beim Anlegen von Blumenbeeten und Pergolabewuchs. Die Kamera bleibt distanziert, fast dokumentarisch. Während sie den Tätern bei Arbeit und Vergnügen aus sicherer Deckung folgt, kommt sie unweigerlich auf, die Frage: Wie konnte es in einer anfänglichen Demokratie nur so weit kommen? „The Zone of Interest“ kann beim Streaming-Anbieter Amazon Prime abgerufen werden. (mbo)





Die IF zeigt hier vorab für ihre Leser eine Episode aus dem 2024 erscheinenden Comic-Sachbuch der Inneren Führung.

Weitere Infos gibt es auf: [www.innerefuhrung.de](http://www.innerefuhrung.de)



Vertreter der großen deutschen Parteien äußerten sich besorgt über die Lage. Allerdings sei die Ukraine weder Mitglied in der NATO noch der EU. Eine militärische Beistandspflicht des Westens gebe es daher nicht.

Die haben doch die Hosen voll! Also, wenn ich Verteidigungsminister wär ...

... dann würd ich da die Bundeswehr hinschicken!



**Ok, schneller Faktencheck:**

Der Einsatz der Bundeswehr ist im Grundgesetz (GG) geregelt. Es können vier Fälle unterschieden werden.

Jürgen schickt uns also erst mal nicht!

Bei bewaffneten Einsätzen deutscher Streitkräfte außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes muss der Bundestag zustimmen (Paragraf 1 Absatz 1 Parlamentsbeteiligungsgesetz).

Unsere Abgeordneten entscheiden also.

Und wie bei den meisten politischen Entscheidungen gibt es Argumente, die dafür oder dagegen sprechen.

**Landesverteidigung** (Art 87a GG): Deutschland, also sein Staatsgebiet, sein Staatsvolk oder seine Staatsgewalt werden angegriffen. Wird das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen oder droht ein solcher Angriff unmittelbar, stellt der Bundestag den Verteidigungsfall fest (Art 115a GG), der Bundesrat muss zustimmen. Der Bundeskanzler übernimmt die Befehls- und Kommandogewalt.

**Bündnisverteidigung** (Art 24 GG): Sie folgt aus gegenseitigen Beistandspflichten kollektiver Sicherheitssysteme (NATO, EU). Der Angriff auf einen Bündnispartner wirkt wie ein Angriff auf einen selbst und gibt das Recht zur gemeinsamen Selbstverteidigung (Artikel 5 Nordatlantikvertrag bzw. Artikel 42 EU-Vertrag, Artikel 51 der UN-Satzung). Einen solchen Einsatz gab es für die Bundeswehr erst einmal, nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001.

**Einsätze bei internationalen Krisen** (Art 24 GG): Ist der Weltfrieden bedroht oder wurde er gebrochen, kann auch die UN als kollektives Sicherheitssystem militärisch eingreifen. Voraussetzung ist ein Beschluss des UN-Sicherheitsrats und ein Einsatzmandat. Der Bundestag kann dann über die Entsendung der Bundeswehr entscheiden. Bis 2014 gab es solche Einsätze u. a. in Somalia, Bosnien und Herzegowina, dem Kosovo, der Küste Libanons, Mali und Afghanistan. Humanitäre Hilfe durch die Streitkräfte ist auch ohne Zustimmung des Bundestages möglich.

**Einsatz im Inneren** (Art 87a, Art 35 Abs. 2 und 3 GG): Unter sehr engen Voraussetzungen kann die Bundeswehr auch Befugnisse innerhalb Deutschlands erhalten. Das ist möglich im Spannungs- oder Verteidigungsfall (Äußerer Notstand), wenn der Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Bundeslandes gefährdet ist (Innerer Notstand) oder bei Naturkatastrophen und besonders schwereren Unglücksfällen (Katastrophennotstand).



Hat Israel in seiner militärischen Reaktion auf den barbarischen Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 selbst Schuld auf sich geladen? Davon ist der Chefankläger am Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, Karim Ahmad Khan (im Bild), überzeugt. Am 19. Mai beantragt der gebürtige Schotte daher nicht nur gegen Hamas-Chef Yahya Siwar, sondern auch gegen den israelischen Regierungschef Benjamin Netanjahu und dessen Verteidigungsminister Joav Galant Haftbefehle. Die expliziten Vorwürfe Richtung Tel Aviv: systematisches Aushungern und die gezielte Tötung von Zivilisten innerhalb des Gazastreifens. Die Bundesregierung kritisierte die Gleichzeitigkeit der Anklagen. Es entstehe der falsche Eindruck, „dass es hier eine Gleichsetzung hat“, so Außenministerin Annalena Baerbock. 124 Staaten der Welt, darunter auch Deutschland, erkennen das Gericht und seine Urteile an. Israel ebenso wie die USA; Russland und China hingegen nicht.







# Vor 80 Jahren: Operation Overlord

Die Alliierten landen am 6. Juni 1944 an der Küste der Normandie. Die Invasion ist der Anfang vom Ende des Dritten Reiches: Binnen weniger Monate wird Frankreich befreit.

Die militärische Lage Deutschlands Mitte des Jahres 1944 ist kritisch: Am 2. Februar 1943 hatte die 6. Armee mit 250.000 Mann in Stalingrad kapituliert. Das Deutsche Afrikakorps ergab sich am 13. Mai 1943 in Nordafrika. Die Amerikaner landeten am 9. September 1943 in Salerno in Italien und am 22. Januar 1944 überraschend bei Anzio und Nettuno südlich Roms. Im Atlantik werden immer mehr deutsche U-Boote versenkt, so dass die Kriegsmarine im Mai 1944 die „Schlacht im Atlantik“ abbricht. Die Luftwaffe ist durch pausenlose Einsätze an allen Fronten überfordert. Das Deutsche Reich ist seit 1943 in der strategischen Defensive und der alliierten Invasion 1944 nicht mehr gewachsen.

Den vorwiegend amerikanischen und britischen Truppen unter dem Oberbefehl von Dwight D. Eisenhower und Bernard Law Montgomery gelingt es am 6. Juni 1944, dem D-Day,

mit erheblicher Luftunterstützung und unter dem Feuerschutz der Schiffsartillerie sowie Landungen von Fallschirmjägern und Lastenseglern, im Hinterland Brückenköpfe zwischen Cherbourg und Caen zu bilden. Die deutsche Bunkerlinie, der erst in Teilen fertig gestellte Atlantikwall, wird überwunden.

Mit der Invasion stehen den 75 alliierten Divisionen auf dem französischen Schlachtfeld mit 6.000 Schiffen und 15.000 Flugzeugen lediglich knapp 60 Divisionen der Wehrmacht unterschiedlicher Kampfkraft mit circa 500

Flugzeugen gegenüber. Deutsche Truppen und Reserven können sich aufgrund der absoluten Luftüberlegenheit der Alliierten nur nachts bewegen und nicht geschlossenen am D-Day eingesetzt werden, um die

Landungstruppen aufzuhalten. Das führt dazu, dass das von Feldmarschall Erwin Rommel entwickelte Konzept,

den Gegner am ersten entscheidenden Tag ins Meer zurückzuwerfen, scheitert. In den nächsten Tagen vereinigen sich die alliierten Truppen der einzelnen Landeköpfe.

Binnen knapp acht Wochen landen mehr als 1,5 Millionen alliierte Soldaten mit großen Mengen von Munition und Material in den Brückenköpfen. Dennoch gelingt den alliierten Panzerverbänden erst am 31. Juli bei Avranches der Durchbruch durch die deutschen Stellungen, und sie gehen zum zügigen Vormarsch tief nach Frankreich hinein über. Unterstützt werden sie von aus dem Untergrund auftauchenden französischen Widerstandskämpfern. Französische und amerikanische Verbände und Einheiten erreichen am 25. August unter dem Jubel der Bevölkerung Paris. Wenig später beginnt der Sturm der alliierten Armeen von West und Ost auf die Grenzen der Deutschen Reiches.

Rommels Prognose vom 24. April 1944 gegenüber seinem Ordonnanzoffizier Hauptmann Lang sollte sich auf dramatische Weise bewahrheiten: „Glauben Sie mir, Lang, die ersten vierundzwanzig Stunden der Invasion sind die entscheidenden. Für die Alliierten und für Deutschland wird es der längste Tag sein!“ (ub)



↑ Invasion der alliierten Streitkräfte in der Normandie: Strand von Omaha Beach, Landungsboote (Juni 1944)

# PRINZIP

Von Heroisierungen und Heroismen

21. Juni – 3. November 2024

Eintritt frei | [www.mhm-gatow.de](http://www.mhm-gatow.de)

# InFü to go



Titelthema IF 3 | 24:

## Wehrhafte Gesellschaft

**In einer Zeit, in der die Demokratie zunehmend unter Druck steht und Vertrauen in Schlüsselinstitutionen der parlamentarischen Demokratie schwindet, ist entscheidend, die Legitimation des politischen Systems zu sichern. Die Bundeswehr spielt hierbei eine wichtige Rolle.**

### Regeln für politisches Engagement von Soldaten und Soldatinnen

**P**aragraf 8 des Soldatengesetzes verpflichtet Soldaten und Soldatinnen, „die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes“ anzuerkennen und durch ihr gesamtes Verhalten aktiv für den Staat, dem sie dienen, einzutreten. Um Kameradschaft und Frieden innerhalb der Truppe zu wahren, existieren allerdings klare Regeln für das politische Engagement. In Paragraf 15, Absatz 1 heißt es hierzu, dass sich Soldaten und Soldatinnen „im Dienst“ nicht zugunsten oder zuungunsten einer bestimmten politischen Richtung betätigen dürfen. Diese Aktivitäten bleiben also grundsätzlich der Freizeit vorbehalten.

Bei politischen Veranstaltungen ist es Soldaten und Soldatinnen zudem untersagt, eine Uniform zu tragen. Dies dient dazu, den Anschein zu verhindern, der Kamerad oder die Kameradin vertrete die Auffassung der gesamten Bundeswehr. Kommt es zur Wahl eines Berufssoldaten oder einer Berufssoldatin in den Bundestag oder ein Landesparlament beziehungsweise in ein kommunales Wahlbeamtenverhältnis, hat das Dienstverhältnis mit Beginn dortiger Amtsgeschäfte mit all seinen Rechten und Pflichten zu ruhen.

### Wehrhafte Verfassung

**A**ls zentrale Lehre aus der gescheiterten Weimarer Republik wurde bei der Ausarbeitung des heute gültigen Deutschen Grundgesetzes auf eine starke Stellung der Grundrechte als unmittelbar geltendes Recht und ihre Sicherung durch ein unabhängiges Bundesverfassungsgericht, an das sich jeder einzelne Bürger mit einer Verfassungsbeschwerde wenden kann, geachtet. Neben der Gewaltenteilung existiert mit dem Artikel 79, Absatz 3, die sogenannte „Ewigkeitsklausel“, die Änderungen der Kernbestimmungen der Verfassung (u. a. Föderalismus, Demokratieprinzip, Sozialstaatsprinzip, Rechtsstaatsprinzip)

verhindern soll. Für einen geordneten Übergang der Regierungen in Krisenzeiten sorgt das konstruktive Misstrauensvotum nach Artikel 67, Absatz 1. Dieser besagt, dass der Bundestag dem Bundeskanzler das Misstrauen nur dadurch aussprechen kann, dass er mit Mehrheit einen Nachfolger wählt und den Bundespräsidenten ersucht, den Bundeskanzler zu entlassen. Der Artikel 20, Absatz 4 des Grundgesetzes verankert ein Widerstandsrecht in der Verfassung. Allerdings nur, wenn alle anderen Mittel erschöpft sind und die demokratisch-rechtsstaatlichen Mechanismen nicht mehr funktionieren.

### Resilienz als Baustein zur Konfliktbewältigung

**D**er Begriff Resilienz stammt aus der Materialforschung und erklärt die Eigenschaft eines Materials, nach Druck von außen wieder in seine ursprüngliche Form zurückzufinden. Diese Fähigkeit können sich Menschen in Vorbereitung auf Krisensituationen und Belastungen mit speziellem Training auf mentaler Ebene ebenfalls zu eigen machen. Die Resilienz von Soldaten und Soldatinnen hängt nicht nur von deren Persönlichkeitseigenschaften, Bewältigungsstrategien

oder Einstellungen ab. Auch die Unterstützung und Wertschätzung von außen spielt eine entscheidende Rolle. Damit ist neben familiärem Rückhalt und gelebter Kameradschaft auch und insbesondere das Verhalten von Vorgesetzten gemeint.

→ *Weitere Informationen finden Sie auf dem Portal Innere Führung (PIF) im Intranet der Bundeswehr.*

# LERNORTE FÜR DIE BUNDESWEHR

Von der IF-Redaktion empfohlen.

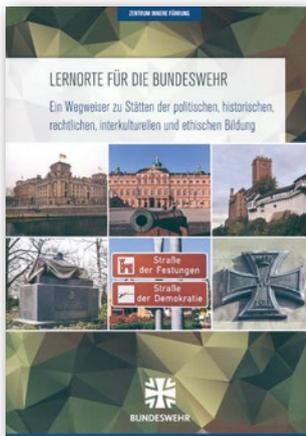
Politische, historische, rechtliche, interkulturelle und ethische Bildung kann so abwechslungsreich sein.

Die neue Auflage des Wegweisers zu den Bildungsstätten ist da. Diese bewährte Veröffentlichung des Zentrums Innere Führung begleitet Sie zur einer Fülle attraktiver Lernorte in Deutschland und Europa.

Wer auf der Suche nach Lernorten für eine politische Bildung ist, der kann sich mit dem Suchbegriff „AD-2620/1-9800“ im Regelungsportal gut orientieren. Hinter der Bezeichnung finden Sie „Lernorte für die Bundeswehr“. Auf 452 Seiten gibt es 5.000 Vorschläge für Stätten der Persönlichkeitsbildung, und wer privat mit der Familie einen Ausflug machen möchte, ist durch die Regelung gut beraten. Da die Lernorte nach den jeweiligen Postleitzahlen sortiert sind, ist es ein Leichtes, etwas Passendes in der Nähe zu finden. Dabei stehen nicht nur Themen mit historischem Hintergrund zur Auswahl, sondern auch Örtlichkeiten mit naturwissenschaftlichen, technischen, verkehrsgeschichtlichen oder gesellschaftlichen Hintergründen. Im Weiteren werden auch Bildungsstätten im umgebenden Ausland vorgestellt. Alle Lernorte werden jetzt georeferenziert in einer Kartenanwendung von ZGeoBw angezeigt. So wird die eigene Orientierung und Navigation erleichtert.

Die Warenkorbfunktion im Regelungsportal kann genutzt werden, um sich das Werk mit nur drei Klicks zusenden zu lassen. Sie können den Wegweiser aber auch einfach wie gewohnt downloaden.

**Regelungsportal:** [<https://zrms.bundeswehr.org>]  
Hilfreiche Tipps im Portal Innere Führung (PIF) für die Planung einer politischen Bildung: [<https://media-zinfue.bundeswehr.org/pages/home.php>]



Farbige Kennzeichnung für aktuelle und ehemalige Bundeswehrliegenschaften

Feldnummer unter Nutzung der Postleitzahl

Alphabetische Reihenfolge innerhalb der Postleitzahlbereiche

Umfangreicher Farbfotoanteil

5. Auflage, 452 Seiten, 5.000 Empfehlungen

Fotos: Bundeswehr/Elke Holzer



BUNDESWEHR

# HANDBUCH INNERE FÜHRUNG.

## HALTUNG IN DER ZEITENWENDE.



Foto: Bundeswehr/Tom Twardy



**Nie war unsere „geistige DNA“ wichtiger, als vor den Herausforderungen der Zeitenwende.**

Das neue Handbuch und der digitale Baukasten helfen, Innere Führung in all ihren Facetten zu begreifen und vorzuleben.

Wofür stehen wir ein? Worauf kommt es in der Zeitenwende für die Bundeswehr an?

Kontroverse Blickwinkel, spannende Geschichten aus der Truppe und Bausteine für die Weiterbildung: das Werkzeug für alle Ausbilder und Vorgesetzten.

Mehr Bausteine aus dem Baukasten finden Bundeswehr-Angehörige im Extranet: **[ynside.extranet-bw.de/Baukasten-InFue](https://ynside.extranet-bw.de/Baukasten-InFue)**.

Alle Informationen rund um das Handbuch gibt es im Internet. Scannen Sie den QR-Code und laden Sie sich das Handbuch herunter.



**BUNDESWEHR**